

Auf dem Wege
zum
Sozialis-
mus

Kritik der sozialdemokratischen
Programme
von
W. bis Heidelberg.

35

Marxistische Büchergemeinde



4. Buch der Roten Bücher

Ausgabe A für Mitglieder / Verkaufspreis 3.— Mark

Auf dem Wege zum Sozialismus

Kritik der sozialdemokratischen
Programme von Heidelberg bis Erfurt

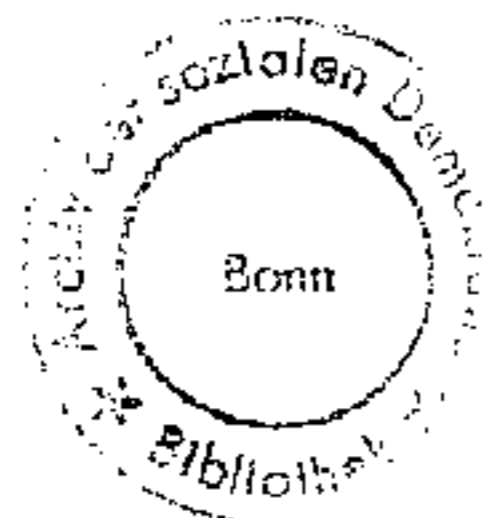
von

Anna Siemsen

Die Roten Bücher der „Marxistischen Büchergemeinde“ werden herausgegeben von den Herausgebern der sozialistischen Zeitschrift „Der Klassenkampf“ und erscheinen in der

„Freien Verlagsgesellschaft m.b.H., Berlin-Tempelhof
Hohenzollernkorso 67

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof



A 81-5785

Inhalt

	Seite	
Sozialistische Arbeiterpartei und Programmfrage	9	
Die Sozialdemokratischen Programme	17	
I. Teil		
Der grundsätzliche Teil der beiden sozialdemokratischen Programme	19	
A. Die Wirtschaftsanalyse der sozialdemokratischen Programme		24
I. Industrielle Entwicklung und Agrarfrage	24	
II. Die Mittelschichten	25	
III. Großbetriebe und Proletariat	27	
IV. Der Klassenkampf	30	
V. Die kapitalistischen Krisen	32	
B. Die grundsätzliche Forderung der Programme		35
I. Vergesellschaftung der Produktion	35	
II. Die Demokratie	35	
III. Die Internationale	50	
C. Zusammenfassung		59
D. Die neuen Aufgaben		61
I. Agrarprogramm	61	
II. Die Prosperitätstheorie und die Krise des Kapitalismus	67	
III. Die politische Demokratie	73	
IV. Die Internationale	79	

II. Teil	
Die Aktionsprogramme	Seite 85
I. Verfassung	88
II. Verwaltung	93
III. Justiz	100
IV. Sozialpolitik	107
V. Kultur- und Schulpolitisches	115
VI. Finanzen und Steuern	134
VII. Wirtschaftspolitik	137
VIII. Internationale Politik	145
IX. Das Wehrprogramm	154
Schluß	166
Anhang	169
A. Linzer Programm	169
B. Wehrprogramm	171
C. Das Aktionsprogramm der Soz. Arbeiterpartei Deutschlands	173
D. Materialien zur Vorbereitung eines Programms	177
Fremdwörterverzeichnis	181

Vorwort

Parteiprogramme sind Gemeinschaftsarbeiten, aber sie bedürfen der Vorbereitung durch Einzeldiskussionen. Darum sind auch die Arbeiten einzelner Genossen zu Gesamtprogrammen wie zu Sonderpunkten derselben unentbehrlich. Ich hätte gewünscht, daß das erste Buch der Marxistischen Büchergemeinde, das auf die Frage des Programms der Sozialistischen Arbeiterpartei eingeht, eine Gemeinschaftsarbeit geworden wäre. Das war unter dem Druck der Zeit und der Arbeit nicht möglich. So ist dies Buch nur die persönliche Arbeit der Verfasserin, keineswegs Ausdruck der Parteimeinung. Es ist Diskussionsbeitrag, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Das erklärt einige anscheinende Ungleichmäßigkeiten in seinem Aufbau. Es war notwendig, hervorzuheben, was die neue Sozialistische Partei von der Politik der alten Sozialdemokratie trennt: die wirtschaftliche Auffassung von der Lage des Kapitalismus, die politische Auffassung von der Funktion des heutigen Staates.

Es war weiter notwendig, denjenigen Fragen einen besonders breiten Raum zu gewähren, welche in der Partei selber umstritten sind. Das sind vor allem die Fragen nach dem Verhältnis von Demokratie und Diktatur und sodann die Frage nach der Stellung der deutschen Arbeiterschaft zur internationalen Entwicklung und den dadurch gestellten Aufgaben. Hier insbesondere vertritt ich meine persönliche Überzeugung, welche von der vieler Partcigenossen abweicht.

Für die meisten Einzelfragen konnte und sollte in dem engen Rahmen eines Büchergemeinde-Buches nur eine kurze Orientierung gegeben werden. Sowohl die Frage der Machtorganisation

der Arbeiterschaft und ihrer Stellung zum heutigen Staate, wie der wirtschaftliche Fragenkomplex bedarf einer besonderen Behandlung.

Dagegen sind die Kulturfragen und Schulfragen deswegen ganz ausführlich behandelt worden, weil in der nächsten Zeit sich wohl kaum die Möglichkeit bieten wird, sie in einem größeren Zusammenhang zu besprechen. Das also möge die Länge dieses Abschnittes erklären, die ein Schönheitsfehler im Aufbau des Buches ist, aber ein nach Lage der Dinge unvermeidlicher.

Die ursprüngliche Absicht, auch das Agrarprogramm mit in die Arbeit hineinzuziehen, mußte aus Raumangel aufgegeben werden. Seine Besprechung gehört außerdem ausführlich in ein Wirtschaftsprogramm der Partei.

Anna Siemsen

Jena, Dezember 1931.

Sozialistische Arbeiterpartei und Programmfrage

Die Sozialistische Arbeiterpartei ist entstanden infolge eines Gewaltaktes der sozialdemokratischen höchsten Parteinstanzen. Nachdem der Leipziger Parteitag unter Vernachlässigung der wichtigsten sachlichen Entscheidungen, indem er eine eigene klare Stellungnahme vermied und sich darauf beschränkte, dem Parteiausschuß, Parteivorstand und der Reichstagsfraktion freie Hand in allen politischen Fragen zu lassen, darüber hinaus auch diesen Stellen eine unbeschränkte Vollmacht zu Disziplinierungen oppositioneller Genossen erteilt hatte, war die Entscheidung, ob eine wirksame Vertretung der den Parteikurs kritisierenden Ansichten weiterhin geduldet werden würde, tatsächlich völlig in die Hand des Parteivorstandes und des von ihm abhängigen Parteiausschusses gelegt. Nach dem Muster römischer Diktatoren hatte man diesen beauftragt, „zu sehen, daß die Partei keinen Schaden nähme“, und es hing von den mit so unbeschränkter Macht Beauftragten ab, wie weit und in welchem Geiste sie diese ihre Macht ausnutzen würden. Die verbürgte Äußerung des Parteivorsitzenden: „Es gibt keine Richtungen mehr“, ließ voraussehen, wie sie benutzt werden würde. In einer Zeit, in welcher die Richtungsgegensätze stärker als je vorher gerade die Massen der Partei aufwühlten, konnte eine solche Äußerung nichts anderes besagen als dies: „Jede Abweichung von der offiziell festgelegten Richtung stellt ihre Vertreter außerhalb der Partei, wird mit dem Ausschluß und also mit der politischen Hürziehung des Ketzers geahndet werden.“

Die politische Entwicklung der auf den Parteitag folgenden Monate konnte in Optimisten freilich den Glauben wecken, daß die vom Parteitag bevollmächtigten Diktatoren mit einiger Vorsicht und Überlegung ihres diktatorischen Amtes walten würden. Die Notverordnungen des von der Sozialdemokratie gestützten

Kabinetts Brüning enthüllten unmißverständlich dessen durchaus reaktionären und arbeiterfeindlichen Charakter und seine völlige Abhängigkeit vom Finanz- und Industriekapital. Die kurze Tagung des sofort wieder vertagten und damit politisch ausgeschalteten Reichstags bewies, daß die politische Demokratie bereits so weit ausgehöhlt war, daß ihre Funktion nur noch darin bestand, als Attrappe der tatsächlich herrschenden antidemokratischen Mächte zu dienen. Der finanzielle Zusammenbruch im Juli zeigte auch dem Blindesten, wie wirkungslos die Sanierungsversuche der Regierung, wie verhängnisvoll falsch ihr Gesamtkurs gewesen, der, schließlich den Interessen von Kapital und Großgrundbesitz dienend, die wirtschaftlichen Kräfte der großen Massen völlig gebrochen, ihre Konsumkraft vernichtet und damit die Produktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft gehemmt und unterbunden hatte. Er enthüllte weiter die ungeheuerliche Mißwirtschaft in den führenden Wirtschaftskreisen und den Vertrauensbankrott Deutschlands im Ausland. Die notwendigen Maßnahmen: politische Verständigung mit dem Ausland, insbesondere mit Frankreich, als Voraussetzung wirtschaftlicher Verständigung, Beseitigung der enthüllten schweren Mißstände durch staatlichen Eingriff und Abkehr von dem unheilvollen Kurs, der in diesen Zusammenbruch hineingeführt, unterblieben. Sie mußten unterbleiben, denn die Regierung, die sich von der parlamentarischen Kontrolle befreit hatte, war gerade dadurch die Gefangene der Reichswehr und des Großgrundbesitzes geworden. Die Reichswehr hinderte jedes, auch das geringfügigste politische Entgegenkommen. Die wirtschaftlichen Stützen der Regierung machten jede wirtschaftliche Reform- oder Kontrollmaßnahme unmöglich. So war das Ergebnis dieser Katastrophe nur eine Verschärfung der antidemokratischen Polizei- und Zensurmaßnahmen sowie eine Beschleunigung des sozialen Abbaus. Und die anfänglich vorhandene Hilfsbereitschaft des Auslandes erstarb unter dem Eindruck der deutschen Unbelehrbarkeit. Das einzige, was man erreichte, war der halbjährliche Waffenstillstand, eine Atempause, mit der man nichts anzufangen wußte, da der Kurs der Regierung ja durch ihre Hintermänner festgelegt und unabänderlich war.

Gleichzeitig wiesen alle Länder- und Kommunalwahlen, die in diese Periode fielen, ein weiteres rasendes Anwachsen des Nationalismus aus, der in den Herbstmonaten an einigen Stellen bereits, die Sozialdemokratie überflügelnd, zur absolut stärksten parlamentarischen Partei geworden ist, in Hessen allein den sämtlichen Arbeiterparteien die Waage hält und die Sozialdemokratie auf ihrem eigensten Kampffelde, der parlamentarischen Demokratie zu schlagen droht.

Diese ganze Entwicklung war von der sozialdemokratischen Opposition seit Jahren vorhergesagt worden. Diese war wegen ihrer Warnungen verhöhnt, beschimpft, diszipliniert und kaltgestellt worden. Jetzt, da sich ihre Voraussagungen restlos erfüllen, glaubten viele, daß ein Kurswechsel der Partei sich nicht mehr vermeiden lasse, daß man der für tot erklärten linken Richtung also auch wieder eine Existenzberechtigung innerhalb der Partei werde gewähren müssen. Sie hatten sich getäuscht. Die Vorbereitung der Partei auf die entscheidende Herbsttagung des Reichstags, welche die wahrscheinlich letzte Gelegenheit zu parlamentarischem Widerstand bot, bestand darin, daß man die entschiedensten und unbequemsten Wortführer der Opposition unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstags ausschloß.

Es hat viele Stimmen gegeben, welche meinten, es sei eine Ungeschicklichkeit der Opposition gewesen, es über einer organisatorischen Frage wie das Weitererscheinen der Fackel und das Fortbestehen der Marxistischen Büchergemeinde zum Bruch kommen zu lassen. Man hätte nachgeben, man hätte sogar sich ausschließen lassen sollen. Die Entwicklung zwinge ja doch die Sozialdemokratie, ihre bisherige Politik aufzugeben. Und der Kampf, den sie jetzt gegen die offene Reaktion aufnehmen müsse, werde die unruhig gewordenen und enttäuschten Genossen wieder hinter ihr sammeln und einer selbständigen sozialistischen Partei jeden Existenzgrund nehmen. Ein wenig Geduld und Zähigkeit würde innerhalb der Partei den Grundsätzen der Opposition zum Siege helfen, da die Entwicklung selbst für sie arbeite.

Die kurzen Wochen, die seit dem Ausschluß vergangen sind, haben bewiesen, wie falsch diejenigen, welche so urteilten, die Lage sahen.

Der Reichstag zeigte die Sozialdemokratie in der gleichen treuen Gefolgschaft hinter Brüning wie bisher und in derselben, offenbar unzerstörbaren Illusion, daß Brüning und seine Gefolgschaft eine Sicherung gegen den offenen Faschismus bedeuten. Sie erhielt die Quittung dadurch, daß die Atempause, welche der Reichstag Brüning gewährte, benutzt wurde, um sofort in Verhandlungen mit Hitler einzutreten, die zweifellos weitergeführt werden bis zu einem irgendwie gearteten Abschluß. Der politische Kampf spielt sich jetzt in Deutschland ab zwischen der offen terroristischen Reaktion Hitlers und der legalen, aber ebenso antidemokratischen Reaktion der Zentrumskreise und der ihnen nahestehenden Mächte. Gedeckt werden diese Verhandlungen durch die Reichswehr, welche durch Groener, der Reichswehr- und Innenministerium vereinigt, jetzt auch die Kontrolle über die Polizei erhalten hat. Schürfstes Pressezensur durch die Polizei, generelles Demonstrationsverbot

und Beschränkung der Versammlungsfreiheit haben eine offene Diktatur soweit vorbereitet, daß ein Diktator nur noch eingesetzt zu werden braucht, um den fertigen Apparat spielen zu lassen.

Der immer rücksichtslosere Terror der Hitlerschen Sturmtruppe wird von der Reichsregierung offen geduldet: Alle Versuche, sie zu einem Eingreifen zu veranlassen, blieben deshalb vergeblich und müssen deshalb vergeblich bleiben, weil die Regierung, antidemokratisch und arbeiterfeindlich, wie sie ist, den Anschluß an die starke Hitlerbewegung braucht und will, und nur noch über die Bedingungen dieser Koalition verhandelt.

Die Sozialdemokratie deckt alle Not- und Zwangsmaßnahmen, trotzdem es sich täglich erweist, wie vorzüglich sie gegen links, wie unzulänglich gegen rechts sie angewandt werden. Sie hat sich zurückgezogen auf „die Einheitsfront der Gewerkschaften“ und glaubt, nachdem sie auf parlamentarischem und politischem Gebiete restlos geschlagen ist, hier sich behaupten zu können, Arm in Arm mit dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, den stark mit Rechtsradikalen durchsetzten Beamtenverbänden und den von faschistischen, berufsständischen Theorien beeinflussten christlichen Gewerkschaften.

Diese Haltung der Sozialdemokratie beweist, wie weit sie davon entfernt ist, eine Änderung ihrer Taktik überhaupt in Frage zu ziehen. Das wird verständlich, wenn man sich klarmacht, daß diese Taktik beruht auf einer grundsätzlichen Haltung. Daß dem so sei, konnte man bis vor kurzem bezweifeln. Man konnte noch bis zur letzten Reichstagstagung glauben, die Politik der Sozialdemokratie lasse eine Schwenkung von der Tolerierung zum Kampfe zu, und die Erkenntnis, daß die Tolerierung ihr Ziel, die Abwehr des Faschismus, nicht erreiche, werde die Partei aufs neue in eine entschlossene Oppositionsstellung führen und zur Mobilisierung der heute durch sie zurückgehaltenen Arbeiterschaft. Das Gegenteil ist eingetreten. Wir befinden uns ganz eindeutig in der letzten Phase vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese nicht auf dem Wege eines Putsches, sondern auf legale und sogar parlamentarische Weise erfolgen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Zwischenzeit bis zu diesem Ereignis ein paar Wochen oder ein paar Monate sind. Das Resultat bleibt dasselbe. Und relativ gleichgültig ist es auch, wer in dem Schachspiel, das jetzt hinter den politischen Kulissen sich abspielt, den anderen mattsetzt. Brüning-Groener haben für sich die größere politische Gerissenheit, die Unterstützung des Auslandes, und bis zu einem gewissen Grade die sehr wichtige Deckung durch die Reichswehr. Hitler hat für sich die Massen seiner Anhänger, die jeder verstreichende Monat vermehrt. Das Ergebnis

ihres Spieles wird nicht unwichtig sein in persönlicher Beziehung und für einige politische Formfragen. Es wird nichts besagen in bezug auf die politische und soziale Lage der Arbeiterschaft. Jede heute mögliche Regierung bedroht diese gleichmäßig mit politischer Entrechtung und sozialem Abbau, mit wirtschaftlichem Elend und gesteigerter Unsicherheit. Nur die rücksichtsloseste Aufklärung über die Lage, in der wir uns befinden, nur die Weckung des Widerstandes durch Herausstellen der Kampfziele und der Kampfnotwendigkeit kann die gegenwärtige tödliche Schwäche der Arbeiterschaft überwinden. Jeder solche Versuch aber muß zum Bruche mit den gegenwärtigen Machthabern führen. Den will die Sozialdemokratie nicht. Sie kann ihn nicht wollen. Und sie wird ihn ablehnen, solange ein Schimmer von Legalität eine deutsche Regierung umgibt.

Damit tut sich der grundsätzliche Gegensatz auf zwischen Sozialdemokratischer Partei und ausgeschlossener Opposition. Damit zeigt sich auch, weshalb dieser Ausschluß und die Spaltung von der sozialdemokratischen Führerschaft gewollt werden mußte (wobei persönlicher Machtwille und persönliche Gehässigkeit immerhin ihnen den Entschluß vielleicht erleichtert haben). Bestimmend aber war eine sachliche Notwendigkeit. Man kann Millionenmassen von Proletariern zur Unterstützung antiproletarischer Maßnahmen und Parteien nur dann bringen, wenn man ihnen den wesentlich antiproletarischen Charakter dieser Maßnahmen und Personen verschweigt, wenn man in ihnen Illusionen weckt über ihre eigene Funktion und über die Wirkung der verfolgten Politik. Die Illusionspolitik der Sozialdemokratie zwingt sie zu einer Vertuschungspolitik gegenüber den Genossen und den proletarischen Massen, zwingt sie daher zum Ausschluß oder mindestens zum Mundtotmachen aller derer, welche sagen, was ist. Der sozialdemokratische Apparat ist stark genug, dies Ziel zu erreichen. Die Diktatur in der Partei ist hinreichend entwickelt, ihn fast restlos in den Dienst der offiziellen Politik zu stellen. Die wenigen Parteiorgane und Parteifunktionäre, welche diese Aufgabe bisher nicht erfüllen, sind praktisch bedeutungslos, da sie sich in einer hoffnungslosen Minderheit befinden. Was sich an linker Opposition heute noch in der Partei befindet, gibt sich über diesen Zustand einer Täuschung hin. Man glaubt von dieser Seite, daß auch ein so starker Parteiapparat, wie der sozialdemokratische, schließlich dem Druck der Tatsachen und dem unter diesem Druck erwachenden Bewußtsein der Massen werde nachgeben müssen. Eine Partei, deren Mitglieder zu 80 Prozent Proletarier seien, könne auf die Dauer nicht eine antiproletarische Politik festhalten.

Die so argumentieren übersehen dreierlei:

1. Deutschland ist heute kein demokratisches Land mehr. Die wichtigste Funktion der politischen Demokratie, die Aufklärung der Gesamtheit über die politischen und gesellschaftlichen Tatsachen kann in Deutschland unter der Herrschaft der Notverordnungen, der Pressebeschränkungen, der Polizeizensur nicht mehr erfüllt werden. Das Bewußtsein der Massen wird also irreguliert und falsche Willensbildungen unter dem Einfluß künstlich geschaffener Stimmungen (nationalistische und anti-marxistische Haßgefühle) werden im höchsten Maße gefördert. Nur so ist es möglich geworden, daß reaktionäre Parteien wie die Nationalsozialisten und das Zentrum Millionen von Proletariern hinter sich sammeln und festhalten können.

2. Die beiden großen sozialistischen Parteien, Sozialdemokratie und Kommunistische Partei, sind gebunden durch ihre bisher befolgte Politik, deren Rechtfertigung bei ihnen zum Selbstzweck geworden ist, weil an ihr die politische und wirtschaftliche Existenz ihrer Führer hängt. Parlamentarischer Reformismus bei den Sozialdemokraten, diktatorischer Blanquismus bei den Kommunisten sind zum Dogma, ihre Verteidigung zum Selbstzweck geworden. Und der Parteiapparat ist in beiden Fällen so stark, daß er die Meinungs- und Willensbildung bestimmen kann durch sorgfältige Auswahl der mitgeteilten Tatsachen und einseitige Interpretation. Die Erregung heftigster Haßgefühle gegen den politisch anders gerichteten Klassengegner begünstigt die Verdunkelung des Bewußtseins und hält den Prozeß der Bewußtseinsklärung auf. Wo er trotzdem erfolgt unter der Wirkung des überwältigend anwachsenden sozialen und politischen Druckes, führt er bei fehlender Schulung und fehlender sachlicher Propaganda zur Hoffnungslosigkeit, Erbitterung und zur politischen Indifferenz. Er desorganisiert die Massen, anstatt sie zu sammeln, da ein organisiertes Zentrum politischer Willensbildung fehlt.

3. Dieser Zustand kann selbstverständlich nicht in alle Ewigkeit andauern. Es sind zwei Entwicklungen möglich. Entweder geht die politische Entwicklung vom geheimen und legalen Terror zum offenen über, zerschlägt den Apparat der proletarischen Parteien oder schwächt ihn so weitgehend, daß er die politische Willensbildung nicht mehr umfassend beeinflussen kann. Dann muß auf einen vorübergehenden Zustand des völligen Chaos eine Periode der Neuorientierung an den Tatsachen erfolgen, welche einen erneuten Aufstieg vorbereitet. Dieser Prozeß geht jetzt in Italien vor sich. Er ist zur Zeit dort nicht zu beobachten, weil er nur illegal erfolgen kann. Er ist notwendig äußerst langsam und schmerz- und verlustreich, wenn auch unaufhaltsam. Es ist aber

auch möglich, daß sich außerhalb der erstarrten und zur Aufklärungsarbeit unfähig gewordenen Parteiapparate Zentren sozialistischer Propaganda und Schulung bilden. So klein und schwach sie zunächst sein mögen, haben sie die entscheidende Funktion, Aufnahmestellungen zu schaffen, eine Auflockerung des Bewußtseins zu ermöglichen, Ansätze proletarischer organisierter Willensbildung zu sein. Je mehr die Demokratie aus dem öffentlichen Leben und aus dem Leben der großen Parteien verschwindet, desto entscheidender ist diese ihre Funktion. Sie können die Entwicklung nicht aufhalten, können aber den Prozeß der proletarischen Besinnung beschleunigen und je stärker sie wirken, desto entscheidender den Neuaufstieg des Proletariats beschleunigen, den schmerzhaften Zwischenzustand der Ohnmacht abkürzen.

Die sozialdemokratische Opposition hat jahrelang geglaubt, diese Aufklärungs- und Schulungsarbeit innerhalb der Partei leisten zu können. Sie hat die Stärke und Starrheit des Apparats ebenso unterschätzt wie die Stärke des reformistisch-parlamentarischen Dogmas. Innerhalb der Partei ist diese Funktion nicht zu erfüllen. Die noch in ihr verbliebenen Oppositionellen werden das sehr schnell erfahren. Ihr Schicksal wird ein dreifaches sein: entweder werden sie in die Linie der offiziellen Politik einschwenken und diese verstärken helfen. (Wir erleben das bei einer Reihe vormals Linker bereits jetzt. Früher heftige Bekämpfer der Tolerierung, haben sie sich in den letzten Wochen, in denen die Tatsachen überwältigend die Wirkungslosigkeit und die demoralisierenden Folgen dieser Politik zeigen, zu ihren inbrünstigen Verteidigern entwickelt.) Im zweiten Falle, wenn sie nicht kapitulieren, werden sie mundtot gemacht (auch dafür haben wir bereits eine Reihe von Beispielen). Im dritten Falle, wenn sie sich nicht zum Schweigen bringen lassen, werden sie aus der Partei gedrängt. Das werden wir in der Folgezeit beobachten.

Für die jetzt außerhalb der Partei Neuorganisierten ergibt sich also mit größter Klarheit und Einfachheit ihre Aufgabe. Und glücklicherweise hängt deren Erfüllung nicht davon ab, daß sie sich in aller Geschwindigkeit zu einer Massenpartei in der Stärke der beiden alten Rivalen, SPD und KPD, entwickelt. Es reicht aus, wenn sie stark genug ist, eine Propagandaorganisation zu schaffen, welche bis in die entlegensten Gebiete reicht, und ihre Stimme überall vernehmlich zu machen. Denn ihre Hauptaufgabe ist heute, in einer Periode der proletarischen Niederlage und Ohnmacht und solange ihr die politischen Verhältnisse noch Propagandamöglichkeit gewähren, die Bewußtseinsbildung als Voraussetzung der Willens- und danach der Machtbildung.

Diese Aufgabe zu erfüllen, aber bedarf die Partei selbst eines klaren und wohlbegründeten Programmes, das nicht nur auf die Gegenwart gerichtet ist, sondern, ohne Generalrezepte zu geben, die politische Richtung der proletarischen Aktion für eine übersehbare Zukunft bestimmt.

Dieses Bedürfnis ist um so dringender, je weniger die eben erst gewordene Partei unter den sehr schweren Bedingungen ihrer Existenz für den Augenblick imstande ist, direkt das politische Geschehen zu beeinflussen. Eine Partei, die an der Macht teilnimmt, die ihre Forderungen in irgendeinem Umfange verwirklichen kann, kann ohne augenblicklichen Schaden auf ein umfassendes Programm verzichten oder, falls sie ein solches besitzt, es in ihrem Archiv lagern lassen und nur als Prunkstück für festliche Gelegenheiten hervorholen. Wir sind das bei allen bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme gewöhnt. Wir haben den Mangel eines grundsätzlichen Programms bei der englischen Arbeiterpartei, seine Festtagsrolle bei der deutschen Sozialdemokratie erlebt. Wir haben freilich auch in beiden Fällen erlebt, daß das, was bürgerlichen Parteien ohne Schaden erlaubt ist, bei sozialistischen zur Katastrophe führt. Der Mangel eines Programms zwingt ihnen Maßnahmen auf, die in Widerspruch mit den Interessen ihrer Mitglieder und der von ihnen vertretenen Klasse stehen. Das war der Fall der englischen Arbeiterpartei. Die Vernachlässigung des vorhandenen Programms erschütterte das Vertrauen in die Ehrlichkeit der Partei innerhalb und außerhalb der Organisation, bringt die Gegner dazu, sie nicht mehr ernst zu nehmen und führt so, selbst bei einer Millionenpartei, zur Lethargie und Ohnmacht. Es ist ein ähnlicher Fall wie bei physischer Lähmung, wenn das Gehirn nicht mehr die Verbindung zu den Organen beherrscht. Das ist der Fall der deutschen Sozialdemokratie.

Immerhin ist aber ein solcher Mangel programmatisch klar formulierter und in der Praxis befolgter Grundsätze wenigstens für eine beschränkte Zeit erträglich in einer Partei, die Gelegenheit zu praktischer Machtausübung hat. Für eine Oppositionspartei, deren Aussicht auf spätere Machtergreifung völlig bedingt ist durch die Überzeugungskraft ihrer Propaganda, ist ein klares, hieb- und stichfestes Programm dagegen eine Existenzbedingung.

Für die Sozialistische Arbeiterpartei kommt ein zweiter Umstand hinzu. Das Hauptargument, das ihr von kommunistischer und sozialdemokratischer Seite entgegengehalten wird, ist dies, daß kein politischer Raum zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten vorhanden sei, und daß das Proletariat nur zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Politik zu wählen habe. Dieser Umstand, meinen die Gegner, werde die Arbeiterpartei in

Kürze sprengen und ihre Trümmer wieder in die alten Parteien zurückschwemmen. Hätten sie mit ihrem ersten Argument Recht, so wäre auch die Folgerung, die sie daraus ziehen, unwiderleglich.

Es ist also dringende Aufgabe der Arbeiterpartei, sich abzugrenzen gegen die beiden alten Parteien und selber einen festen programmatischen Boden zu gewinnen. Das kann endgültig nur durch einen Parteitag geschehen. Aber ein solcher Parteitag muß vorbereitet sein durch Diskussion innerhalb der Partei, durch Klarlegung der Probleme und Verständigung der in jeder lebendigen proletarischen Partei miteinander ringenden Richtungen. Dieser Arbeit wird in unserer Partei durch die Auseinandersetzung mit den Nachbarn Grenze und Inhalt bestimmt. — Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten ist nicht meine Aufgabe. Sie ist auch deswegen minder dringend, weil der Kern der Arbeiterpartei aus alten Sozialdemokraten besteht, welche die Gegensätze sehr genau kennen und dauernd erfahren haben, die sie von den Kommunisten scheiden. Anders steht es mit uns und der Sozialdemokratie. Wir haben deren Heidelberger Programm als Grundlage und Richtlinien für unsere Arbeit anerkannt. Wir haben das mit Überzeugung getan, auch wo wir die Grenzen, Lücken und Unzulänglichkeiten dieses Programms mit Schmerzen empfanden. Wie stehen wir heute zu ihm? Es ist uns nie ein Dogma gewesen, das gleich dem katholischen ewige Geltung beansprucht, sondern immer das Dokument einer bestimmten geschichtlichen Situation, richtunggebend für eine politische Periode, deren Ablauf wir jetzt zu sehen glauben. Das klarzulegen, festzustellen, was uns vom Heidelberger Programm trennt, festzustellen aber auch, worin wir den Abfall der Sozialdemokratie von diesem ihrem eigenen Programm erblicken, wird Aufgabe der folgenden Blätter sein.

Die sozialdemokratischen Programme

Die deutsche Sozialdemokratie hat in der Zeit zwischen ihrer einheitlichen Konstituierung in Gotha 1875 und heute sich drei verschiedene Programme gegeben: das Gothaer Programm, das eine Verständigung zwischen den Lassalleanern und Eisenachern darstellte, daher auch die Unebenheiten eines solchen Verschmelzungsvorgangs aufwies, das Erfurter Programm, das 1891 nach der Zeit des Sozialistengesetzes die vollendete nun nicht mehr nur organisatorische, sondern auch theoretische Einheit dokumentierte und durch drei Jahrzehnte Grundlage der sozialistischen Propaganda und Richtlinie der sozialistischen Politik

blieb, und das Heidelberger, das 1925 vom Parteitag der wieder-vereinigten Mehrheitssozialistischen und Unabhängigen Partei beschlossen wurde. Dazwischen liegt das Görlitzer Programm der Mehrheitssozialisten, das Ausdruck für die demokratisch reformistische „Weimarer“ Auffassung dieser Partei war. Das Erfurter Programm war von Kautsky entworfen und ist mit seinem Kommentar nicht nur für Deutschland, sondern weit über Deutschland hinaus Grundlage der marxistischen Schulung für Millionen geworden. Sein grundsätzlicher allgemeiner Teil wurde der Ausgangspunkt auch für das Heidelberger Programm. Von diesem sagt Paul Kampfmeyer in seiner Einleitung, es stehe „auf den Schultern des Erfurter und Görlitzer Programms“, mit anderen Worten, es stelle eine Fortbildung der Kautskyschen im Erfurter Programm formulierten Auffassung durch die in der Mehrheitssozialdemokratie der Nachkriegszeit herrschenden Auffassungen dar.

Um die Richtigkeit dieser Behauptung zu erproben, stelle ich den allgemeinen Teil beider Programme nebeneinander und versuche festzustellen, inwieweit die Formulierungen des Erfurter im Heidelberger Programm weitergebildet, umgebildet oder aufgegeben sind.

Der grundsätzliche Teil der beiden sozialdemokratischen Programme

Die übereinstimmenden Stellen in beiden Programmen sind fett, die ähnlichen gesperrt gedruckt.

Erfurter Programm

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Heidelberger Programm

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der

Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie mehr und mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen, und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellte sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zum Zusammenfassen von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert.

Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet die wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung der Ausbeutung.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je erhebt der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Klein Händler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, kann es bewirken, daß der Groß-

betrieb und die stets wachsende Ertragfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendig ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerlässliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur zu erreichen durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Ab-

Die Sozialdemokratie kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Ab-

schaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich nun gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

(Im Erfurter Programm letzter Abschnitt.)

Den Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

schaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich nun gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiter zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.

A. Die Wirtschaftsanalyse des sozialdemokratischen Programms

I. Industrielle Entwicklung und Agrarfrage

Das Erfurter Programm gibt eine Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung vom marxistischen Standpunkt aus. Es beginnt mit der Feststellung der wirtschaftlichen Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb, dem „Untergang des Kleinbetriebs“, der auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht. Folge dieser Entwicklung ist die Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln, seine Verwandlung in einen „besitzlosen Proletarier“ und die Monopolisierung der Produktionsmittel durch „eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern“. Diese Entwicklung wird als eine naturnotwendige bezeichnet. Es wird durch den Wortlaut auch deutlich, daß man diese Naturnotwendigkeit als eine durchgehende für das ganze Gebiet des wirtschaftlichen Lebens ansieht, also für Landwirtschaft, Industrie und Handel eine Gleichförmigkeit der Entwicklung voraussetzt.

Das Heidelberger Programm übernimmt teilweise wörtlich diese Formulierungen. Um so aufschlußreicher sind die Stellen, wo es von ihnen abweicht. Es spricht nicht mehr von „Naturnotwendigkeit“, sondern von „innerer Gesetzmäßigkeit der Entwicklung“. Darin liegt allerdings keine Abschwächung, sondern eine exaktere methodische Formulierung. Man scheidet das Reich des gesellschaftlichen, also auch des wirtschaftlichen Geschehens vom Naturgeschehen, ohne jenem deswegen die Gesetzmäßigkeit und also die Notwendigkeit abzuspochen. Dagegen liegt eine zweifellose Einschränkung darin, daß man den Niedergang des Kleinbetriebes konstatiert nur für „Industrie, Handel und Verkehr“. Die Landwirtschaft wird also von diesem Prozesse ausgenommen. Darin kommt zum Ausdruck eine tiefgehende Gegensätzlichkeit innerhalb der Partei in bezug auf die Agrarfrage. Dieser Gegensatz geht bis in die neunziger Jahre zurück. Man zweifelte Kautskys Voraussage an, daß die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe allmählich von den Großbetrieben aufgesogen würden, glaubte vielmehr statistisch nachweisen zu können, daß Kleinbetriebe im Kapitalismus nicht nur ebenso lebensfähig, sondern

auch produktiver als Großbetriebe seien und daß daher die Politik der Sozialdemokratie sich zu richten habe auf eine Förderung der kleinbäuerlichen Siedlungen und die Unterstützung einer nationalen landwirtschaftlichen Produktion gegen die Konkurrenz billiger produzierender ausländischer Gebiete. Die sehr heißen Kämpfe um diese Probleme waren in Heidelberg keineswegs zur Entscheidung oder zum Ausgleich gekommen. Man begnügte sich hier also mit einer unklaren Formulierung: „Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals.“ Hier wird die Konstatierung einer Tatsache gesetzt an die Stelle einer gesetzmäßigen Entwicklung. Es bleibt offen, ob nicht vielleicht die Landwirtschaft eine entgegengesetzte Entwicklungsrichtung einhalte gegenüber der industriellen, also vom Großbetrieb zum Kleinbetrieb. Indem man die Agrarfrage von den übrigen ökonomischen Fragen trennt, schafft man eine Lücke. Es erscheint nun unklar, welche Tendenzen als gesetzmäßige anzusehen seien und ebenso unklar, was die Haltung der Sozialdemokratie in der Agrarfrage sein müsse. Man hat später versucht, dies Problem in einem besonderen Agrarprogramm zu lösen. Wir werden in einem besonderen Kapitel darauf zurückkommen. Zunächst genügt die Feststellung, daß agrarwirtschaftlich das Heidelberger Programm die Formulierungen von Erfurt fallen läßt, und damit eine längst praktisch eingetretene Kursänderung theoretisch rechtfertigt.

II. Die Mittelschichten

Aber auch die Darstellung der industriellen Entwicklung erfährt eine Abschwächung. Im Erfurter Programm wird „der Untergang des Kleinbetriebs“ als eine Naturnotwendigkeit vorhergesagt. Im Heidelberger Programm heißt es erheblich vorsichtiger, der kapitalistische Großbetrieb habe „den Kleinbetrieb zurückgedrängt und seine soziale Bedeutung verringert“. Also auch hier Tatsachenkonstatierung an Stelle von Entwicklungsvorhersage. Der bestehende Zustand, daß eine überwiegend große Anzahl kleiner und mittlerer, aber wirtschaftlich schwacher und daher gesellschaftlich nicht mehr entscheidend wichtiger Betriebe neben der kleinen Zahl von Großbetrieben steht, welche die Wirtschaft und durch sie das gesellschaftliche Leben beherrschen, wird zum Ausgangspunkt der Betrachtung genommen. Man sagt nichts mehr darüber aus, wie denn diese Entwicklung weiter angenommen werden müsse. Zu erklären ist das aus der

geänderten politischen Situation. Das Erfurter Programm gab sich eine Partei, welche eine reine Arbeiterpartei war und in der Gewinnung des Proletariats für ihre Ziele ihre ausschließliche Aufgabe sah. Das Kleinbürgertum erschien ihr als eine zum Untergang bestimmte und daher mit Notwendigkeit reaktionäre Klasse, die für den Sozialismus nicht gewonnen werden könne, durch deren Zersetzung vielmehr die Massen des Proletariats verstärkt werden würden, so daß diese Zersetzung nicht nur als notwendiger Prozeß, sondern auch als Vorbedingung sozialistischer Machtgewinnung sich darstellte.

Diesen Standpunkt hat das Heidelberger Programm verlassen. Der Zusammenbruch von 1918 hatte der Sozialdemokratie eine Millionenmasse kleinbürgerlicher Wähler und einen erheblichen Zuwachs an kleinbürgerlichen Mitgliedern gebracht. Dieser kleinbürgerliche Flügel lebt nun aber durchaus nicht in marxistischen Vorstellungen von der unaufhaltsamen, weil gesetzmäßigen Zerstörung der Kleinbetriebe, sondern erwartet von der Sozialdemokratie vielmehr Schutz gegen die Konkurrenz der Großbetriebe, er ist antikapitalistisch, aber sozialistisch allerhöchstens im Sinne eines utopischen Reformsozialismus zur Rettung und sozialen Sicherung des „kleinen Mannes“. Diesem kleinbürgerlichen Flügel trägt die zurückhaltende Formulierung des Programms Rechnung.

Sie enthält trotzdem zweifellos soweit eine richtige und auch wertvolle Erkenntnis, daß sie aufräumt mit der Vorstellung, als ob jede Art des Kleinbetriebs in der vollendeten kapitalistischen und damit auch in der sozialistischen Gesellschaft unmöglich sei. Ihr Fehler liegt aber darin, daß sie zu unsicher formuliert ist. Das heutige Anwachsen kleiner und kleinster leistungsunfähiger Betriebe beruht weder auf einer technischen noch wirtschaftlichen Notwendigkeit. Es ist vielmehr eine Krankheiterscheinung des sinkenden Kapitalismus, der nicht mehr imstande ist, die Massen zu beschäftigen und sie so zwingt, mit einem Minimum oft genug geborgter Produktionsmittel in leistungsunfähigen und wirtschaftlich parasitären Betrieben sich eine Notexistenz zu suchen. Diese gesellschaftlich und politisch gleich wichtige Krankheiterscheinung wird durch die Formulierungen des Programms nicht getroffen. Es verbleibt hier bei einer Einschränkung in der Formulierung, welche den Agitationsbedürfnissen der Partei, aber nicht dem Bedürfnis nach Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gerecht wird.

Die Konstatierung, daß die industrielle Bevölkerung gegenüber der landwirtschaftlichen in stetem Steigen begriffen sei, wird notwendig, sobald man einmal die Landwirtschaft aus der Gesamt-

entwicklung ausgenommen hatte. Für das Erfurter Programm ist eine solche Feststellung gleichgültig. Da es allgemein die Proletarisierung der Massen, industrieller wie landwirtschaftlicher, annimmt und damit ihre Einreihung in die Front des Klassenkampfes, erscheint es unwesentlich, ob man mit industriellen oder landwirtschaftlichen Proletariern zu tun hat. Für das Heidelberger Programm, das der landwirtschaftlichen Entwicklung unsicher gegenübersteht, so ist es dagegen wesentlich, hervorzuheben, daß das Schwergewicht der Entwicklung bei der Masse des industriellen Proletariats liegt. Freilich liegt darin eine Verengung auf europäische, sogar auf deutsche Verhältnisse vor. In Ost- und Südosteuropa liegt das wirtschaftliche Schwergewicht noch durchaus bei der Agrarbevölkerung und wird das auf absehbare Zeit tun, ganz zu schweigen von dem amerikanischen Kontinent und den großen in revolutionäre Bewegung geratenen asiatischen Reichen, Indien und China, wo die armen Bauern es sein werden, welche den politischen Fortschritt bestimmen. Indem das Heidelberger Programm sein Augenmerk vor allem auf die industrielle Entwicklung heftet, die agrarische sozusagen nur anhangsweise in Betracht zieht, verengt es auf verhängnisvolle Weise das gesellschaftliche Beobachtungsfeld und bereitet politische Fehlentscheidungen vor, die wir denn auch in der Folge oft genug zu beklagen hatten.

III. Großbetrieb und Proletariat

Der folgende Abschnitt des Erfurter Programms schildert die Wirkung der Großbetriebe: Maschinisierung, Steigerung der Produktivität, Monopolisierung der Vorteile und steigende Ausbeutung des Proletariats. Dieser ganze Abschnitt fehlt im Heidelberger Programm. Er wird ersetzt durch drei gesonderte Abschnitte.

Der erste beschäftigt sich mit der Entstehung, wachsenden Bedeutung und unabwendbaren Proletarisierung der Massen der Angestelltenschaft. Diese Darstellung war notwendig geworden durch das Wachsen dieser neuen proletarischen oder halbproletarischen Schicht, die in den Jahrzehnten, die zwischen dem Erfurter und Heidelberger Programm liegen, von 817 890 oder 4 Prozent der Erwerbstätigen im Jahre 1895 auf 5 274 252 im Jahre 1925, das heißt auf das Sechseinhalbfache der Zahl nach oder fast 7 Prozent der Erwerbstätigen gestiegen ist. Die Berücksichtigung dieser ungeheuren für die gesellschaftliche wie die politische Lage gleich wichtigen Entwicklung ist also durchaus notwendig und

geschieht auch in völlig richtiger Erkenntnis der Entwicklungstendenzen.

Der folgende Abschnitt übernimmt vom Erfurter Programm die Feststellung der gestiegenen Produktivität, formuliert dann aber zurückhaltender: „Aber Großkapital und Großgrundbesitzer suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren (EP: „Aber die Vorteile dieser Umwandlung werden vom Großkapital und Großgrundbesitzer monopolisiert“). Und wo das Erfurter Programm spricht von „der wachsenden Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung“, da heißt es im Heidelberger Programm nur einschränkend: „Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.“

Zugleich verschwindet aus dem Heidelberger Programm die Erfurter Wendung von den „versinkenden Mittelschichten — Kleinbürgern, Bauern —“. Sie muß verschwinden, weil das Heidelberger Programm die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Erfurter nicht mehr teilt, nicht mehr das Verschwinden des bürgerlichen Mittelstandes voraussetzt, beim Bauerntum sogar ein Erstarken für möglich hält und weiterhin um des politischen Programms der Sozialdemokratie willen — Gewinnung von Mittelstand und Bauern — diese Wendungen im Programm untragbar erscheinen.

Die Wendung, welche zwar anerkennt, daß das Proletariat nicht den „vollen Anteil“ am gewachsenen Sozialprodukt erhält, aber gerade damit einen Teil ihm zuspricht, ist Ausdruck der seit 1891 gehobenen Lage, der besseren Lebenshaltung der Arbeiterschaft, vor allem aber Ausdruck der Befriedigung über die seit Kriegsende erreichten Fortschritte und der größeren, die man voraussehen glaubte. Was hinter diesen Formulierungen steht, ist der Prosperitätsgedanke: Das Sozialprodukt wächst in der kapitalistischen Gesellschaft, seine gerechte Verteilung wird zwar gehindert durch das Monopolstreben der Kapitalisten, aber fortschreitend ist die Arbeiterschaft imstande, sich ihren Anteil zu sichern. Der Klassenkampf besteht in diesem Ringen um das Sozialprodukt. „Warum arm sein, wenn wir uns von den Kapitalisten auch im Kapitalismus unsern Anteil an ihrem Reichtum erobern können?“ Wir werden heute, wo das Sozialprodukt infolge der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation in fortdauernder Schrumpfung begriffen ist und die Desorganisation nicht nur den Anteil der

Arbeiterschaft, sondern die ganze wirtschaftliche und physische Existenz proletarischer Millionen bedroht, geneigt sein, statt der Heidelberger Formulierungen die scharfen Feststellungen des Erfurter Programms als wirklichkeitsecht zu empfinden.

Jenes setzt an Stelle der notwendigen Wirkungen des Kapitalismus, Tendenzen, denen die Arbeiterschaft nur im Kampfe begegnen kann. Es nimmt aber an, daß dieser Kampf erfolgreich zu einer Besserung der Lage auch im Kapitalismus führe.

Es folgt darauf im Heidelberger Programm ein Passus, die Entwicklung des Kapitalismus zur Organisation in Kartellen und Trusts aufweisend: „Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital im Finanzkapital“. Es ist das die wichtigste über das Erfurter Programm hinausweisende Stelle. Leider wird aber verabsäumt, aus der aufgezeigten Tatsache die nötige Folgerung zu ziehen, daß nämlich die monopolistisch organisierte und gebundene Wirtschaft im Kapitalismus zwar die kapitalistische Konkurrenz einschränkt, die Profitrate stabilisiert und das Risiko des Unternehmers weitgehend beseitigt, daß die herrschenden kapitalistischen Gruppen darüber hinaus imstande sind, ihre wirtschaftliche Macht auszunutzen zu einem Druck auf den Staat, der ihn zwingt, durch Subventionen, Garantieübernahmen und prohibitive Maßnahmen (Schutzzölle) ihnen Existenz, Profit und Expansion zu garantieren; daß aber die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft dadurch nicht beseitigt wird, diese vielmehr krisenempfindlicher wird durch die Ausschaltung regulierender Faktoren wie freie Preisbildung und Beseitigung ungesunder Unternehmungen, daß dadurch die Krisen an Ausdehnung, Dauer und Schwere zunehmen.

Der Gesamthaltung des Programms entsprechend wird vielmehr einzig hervorgehoben, daß durch die wachsende Macht einzelner Kapitalistengruppen diese „nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen“. Das weist zurück auf die früheren Stellen zum Problem des Bauerntums, der bürgerlichen Mittelschichten und der Angestellten. Diese erscheinen danach in einer solidarischen Front mit der Arbeiterschaft. Bauern- und Mittelstandspolitik der Sozialdemokratie werden so begründet, nicht aber eine Wirtschaftspolitik, welche dem Monopolstreben des Kapitalismus sich entgegenstellt. Vor allem aber fehlt der Hinweis, daß diese ökonomische Übermacht auch den Staat mit Notwendigkeit zum Diener des Finanzkapitals machen muß, daß der wirtschaftlichen Übermacht des massierten und monopolisierten Kapitals politisch der Faschismus entspricht.

Diese Feststellung war in dem Programm unmöglich, da seine Grundlage der Glaube an die Dauer und Widerstandsfähigkeit der politischen Demokratie ist. Damit verschwindet aber überhaupt der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Es tut sich also an dieser Stelle eine zweite Lücke auf. Deren verhängnisvolle Wirkung werden wir weiterhin beobachten können.

IV. Der Klassenkampf

„Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.“

Diese Zusammenfassung des Erfurter Programms hat das Heidelberger nur zum kleinen Teil, nur in den gesperrten Stellen übernommen. Es hält also fest an der Konstatierung des Klassenkampfes, welcher mit dem zahlenmäßigen Wachstum des Proletariats, sowie mit wachsendem Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten an Schärfe zunimmt. Es läßt aber fallen die Voraussetzung von der wachsenden Reservearmee erwerbsloser Arbeiter, die der Kapitalismus nicht mehr beschäftigen kann. (Eine seltsame Feststellung heute, wo diese Frage die Frage aller Fragen geworden ist.) Es läßt den Gegensatz: „Bourgeoisie und Proletariat“ fallen, setzt statt dessen „Beherrscher der Wirtschaft und Beherrschte“, der unter der letzten Kategorie Raum läßt für alle Mittelschichten: Mittelstand, Bauerntum, Kleinbürger, Intellektuelle, und vermeidet deshalb auch die Wendung von den „zwei feindlichen Heerlagern“. Das ist auf den ersten Blick befremdlich, da die im Heidelberger Programm geführte Analyse eine fortgehende Proletarisierung dieser Mittelschicht nicht verneint. Aber — das ist entscheidend — auch nicht bejaht. Die unsichere Haltung zur Frage Bauerntum und Mittelstand wirkt sich hier aus. An Stelle der klaren Auffassung des Erfurter Programms über die sich bildende einheitliche Klassenfront erscheint eine weit unklarere. Und auch der Gegensatz ist ein anderer. Im Erfurter Programm gilt der proletarische Klassenkampf der Bourgeoisie als Exponenten des Kapitalismus und diesem selbst.

Im Heidelberger Programm dem Imperialismus, soweit er kriegerische Tendenzen zeigt.

Man wird nun einwenden, das sei ein scheinbarer und durch die Entwicklung geforderter Unterschied. Der moderne Kapitalismus sei eben Imperialismus, und dieser Imperialismus sei mit innerer Gesetzmäßigkeit kriegerisch.

Das ist zweifellos die Auffassung vieler Genossen gewesen, die dem Heidelberger Programm zustimmten. Ebenso zweifellos aber ist es nicht die Auffassung einer Anzahl und gerade der maßgebenden Parteitheoretiker. Die von Hilferding auf dem nachfolgenden Kieler Parteitag vorgetragene Theorie von den gesetzmäßigen Tendenzen zum Pazifismus im organisierten Kapitalismus stehen zu einer solchen Auffassung im strikten Gegensatz. Und die von gewerkschaftlicher Seite besonders gepflegte Bewunderung der amerikanischen Prosperität, von deren Methoden man eine dauernde Überwindung aller Krisentendenzen erwartete, gibt die Ergänzung dieser Theorie. Danach erscheint der Kapitalismus in seiner letzten Phase als organisierter Kapitalismus imstande, durch internationale Verständigungen Krisen zu vermeiden und die Notwendigkeit einer imperialistischen — und kriegerischen — Expansion zu überwinden. Dieser gereinigte, friedlich gewordene und prosperierende Kapitalismus ist die Voraussetzung für die Erreichung des Sozialismus, der in steter friedlicher Auseinandersetzung mit ihm bei wachsender politischer und gewerkschaftlicher Macht der Arbeiterschaft langsam sich durchsetzt, indem ein steigender Anteil am Sozialprodukt in den Besitz der Arbeiterschaft gelangt und so die Vorzüge des organisierten Kapitalismus ihr zugute kommen.

Diese Theorie ist im Heidelberger Programm nicht deutlich ausgesprochen. Das war deswegen unmöglich, weil allzu große Massen der Sozialdemokraten an der alten im Erfurter Programm formulierten Theorie festhielten. Eine deutliche Aussprache dessen, was die Gewerkschafts- und Parteitheoretiker meinten, hätte die Annahme des Programms vereitelt. So hat man sich begnügt mit der Ausscheidung aller gar zu eindeutigen Ausdrücke und als Ziel des Klassenkampfes hingestellt: „das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen“.

Diese Formulierung läßt sich schließlich in jeder gewünschten Weise interpretieren. Der ausgesprochene Reformist, welcher glaubt, man könne durch Beschneiden einiger Wucherungen den kriegsdrohenden Imperialismus in ein friedliches, sozialistisches Gesellschaftssystem wandeln, der innenpolitisch in Tarifverträgen und ausgebauter Sozialpolitik, außenpolitisch im Ausbau des Völkerbundes hinreichende Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles sieht, findet in diesen Sätzen seine Ansicht. Ebenso aber kann sich der revolutionäre Klassenkämpfer damit trösten, daß das gezeigte Ziel der Überwindung des Kapitalismus in einem Bunde gleichberechtigter Völker eben nicht auf dem Wege friedlicher Kompromisse erreichbar sei, und daß eine solche Zielsetzung demnach seinen strategischen und taktischen Forderungen schließlich zum Siege verhelfen werde.

Den Zweck, entgegengesetzte Richtungen unter einer vieldeutigen Formel zu vereinigen, erfüllt diese Stelle also vorzüglich. Weniger geeignet ist sie, als Richtungsparole und Wegweiser zu dienen. In den vergangenen Jahren hat sie in dieser Beziehung denn auch vollkommen versagt. In all den schwierigen Situationen, bei denen die Frage: Unterstützung oder Kampf dem herrschenden System? entschieden werden mußte, blieb sie so zweideutig wie das delphische Orakel und erfüllte gerade deshalb aufs beste die Funktion, die ja auch diesem Orakel oblag, den Ratfragenden und Auslegern die Möglichkeit zu bieten, ihre eigene Auffassung, ihre Wünsche und Absichten in den zweideutig schillernden Orakelspruch hineinzuinterpretieren.

Die Kernfrage, um die es geht: Ist es möglich, durch organisierte Anstrengungen der Arbeiterschaft innerhalb des kapitalistischen Systems die Lage der Arbeiterschaft zu heben, ihre Existenz zu sichern und die Vernichtung durch kriegerische Verwicklungen zu vermeiden, diese Frage, die das Erfurter Programm mit einem klaren Nein beantwortet, und die das Heidelberger unbeantwortet läßt, entscheidet sich an dem Problem der Krisen im Kapitalismus, das sich auswächst zum Problem der Krise des Kapitalismus.

V. Die kapitalistischen Krisen

Dieser Kernfrage widmet das Erfurter Programm einen ganzen Abschnitt. Es heißt hier: „Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der

kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit der Gesellschaft zum Normalzustand erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.“

Das ist die klassische Krisentheorie, die wir bereits im kommunistischen Manifest voll entwickelt finden. Was sie besagt, ist folgendes:

1. die Krisen sind innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft gesetzmäßig wiederkehrende, unvermeidliche Erscheinungen;
2. diese Krisen nehmen gesetzmäßig an Umfang wie an Schwere zu;
3. sie steigern die Existenzunsicherheit innerhalb der bestehenden Gesellschaft zu deren Normalzustand;
4. sie liefern dadurch den Beweis, daß der Zustand erreicht ist, den das Vorwort zur Politischen Ökonomie beschreibt und voraussagt: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“

Das Erfurter Programm unterstreicht seine Abhängigkeit von dieser entscheidenden Stelle, indem es sich möglichst nahe an ihren Wortlaut anlehnt.

Das Heidelberger hat diesen Abschnitt über die Krisen und ihre symptomatische und revolutionierende Rolle völlig fallen gelassen, entsprechend dem Frontwechsel, den die entscheidenden partei-offiziellen und offiziösen Theoretiker vorgenommen hatten.

Wir finden in ihm nur eine kurze Stelle, an der Krisen überhaupt erwähnt werden: „Dazu (zu dem steten Kampf der Arbeiterschaft um Besserung ihrer Lebenshaltung) gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft begründet sind.“ Hier werden die Krisen also nur gewertet als ein Unsicherheitsfaktor, der die Lage der Arbeiter zeitweise unerfreulicher macht und daher besonders psychologisch wirkt (erbitternd). Es scheint

freilich, daß man sie für gesetzmäßig hält, wenn man sie „in der Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft“ begründet sieht. Aber es scheint nur so. Gerade der auf diese Stelle folgende Abschnitt, der die Entwicklung der kapitalistischen Organisation schildert, enthält unausgesprochen die Theorie vom organisierten Kapitalismus, welcher die Wirtschaftsanarchie überwindet und so den Sozialismus vorbereitet, diese Theorie, welche die gewerkschaftliche und politische Aktion der letzten sechs Jahre beherrscht hat. Damit sind aber tatsächlich alle Behauptungen des Erfurter Programms und des klassischen Marxismus fallen gelassen. Die Krisen hören auf ein entscheidender Entwicklungsfaktor zu sein, sie besitzen nur noch psychologische Bedeutung. Für die Politik der Sozialdemokratie spielen sie nur noch insofern eine Rolle, als man sich bemüht, sie innerhalb des Kapitalismus zu überwinden. Wir kennen die Mittel, deren sich sozialdemokratische Politik zu diesem Zwecke bedient hat: Schutzzölle, Subventionen, Anleihen, öffentliche Arbeitsbeschaffung, staatliche Preissenkungen und tarifliche Lohnsicherung. Wir haben das Experimentieren mit ihnen und ihr Versagen in Deutschland wie in England erlebt. Vorbereitet und gestützt wurde diese Politik in Deutschland dadurch, daß das Heidelberger Programm das Erfurter und den klassischen Marxismus in diesem Punkte radikal aufgab.

Das ist eine weitere entscheidende Lücke in diesem grundsätzlichen Teil.

B. Die grundsätzliche Forderung der Programme

I. Vergesellschaftung der Produktion

An diesem Punkte sind zwischen Erfurter und Heidelberger Programm die geringsten Unterschiede. Dieses Ziel der sozialistischen Aktion wird ja selbst vom extremsten Reformismus bejaht, obgleich in der Interpretation dessen, was unter Sozialisierung zu verstehen sei, natürlich große Unterschiede bestehen. Trotzdem hat auch hier das Heidelberger Programm wesentliche Teile des Erfurter Programms fallen gelassen. Beseitigt ist die Feststellung, daß Bauern, Handwerker und Klein Händler durch den Kapitalismus expropriert werden. Das entspricht der ungeschlüssigen Haltung des Heidelberger Programms in der Beurteilung dieser Entwicklung. Gefallen ist die Forderung der Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Es bleibt die Forderung der Umwandlung der kapitalistischen Produktion (nicht mehr wie im Erfurter Programm Warenproduktion) in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Aus der Schilderung der Wirkungen dieser Umwandlung ist gestrichen die Feststellung, daß „die wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Produktion (im Kapitalismus) für die bisher ausgebeuteten Klassen eine Quelle des Elends“ gewesen. Das vertrug sich nicht mit den Theorien vom prosperierenden Kapitalismus und dem dauernden Lebensaufstieg der Arbeiterschaft im Kapitalismus selber.

Sonst zeigt dieser Abschnitt keine schwerwiegenden Abweichungen von der alten Theorie. Das Endziel bleibt in etwas vageren Umrissen gewahrt. Wie aber steht es um den Weg? Davon handelt der nächste Abschnitt.

II. Die Demokratie

Im Erfurter Programm folgt jetzt ein Abschnitt, der im Heidelberger Programm ebenso wie der Krisenabschnitt völlig verschwunden ist: „Die gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten

Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle andern Klassen trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben." In umgewandelter Form ist nur der erste Satz seinem Sinne nach in einen früheren Abschnitt aufgenommen worden: „Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol.“ Alles andere mußte geopfert werden. Die Feststellung, daß alle anderen Klassen nicht als Bundesgenossen in Frage kommen, weil sie das Privateigentum und die heutige Gesellschaftsform verteidigen, war nicht mehr erträglich mit der Taktik der Sozialdemokratie, welche eine möglichstste Annäherung an diese Klassen anstrebte, soweit sie nicht Vertreter des Monopolkapitalismus sind.

Das steht im Zusammenhang mit der veränderten Auffassung vom Wesen und der Funktion der politischen Demokratie, von welcher der nun folgende Abschnitt handelt. Hier liegt anscheinend im Gegensatz zu den bisher behandelten Abschnitten eine fast völlige Übereinstimmung zwischen dem Erfurter und dem Heidelberger Programm vor. Der Erfurter Abschnitt ist fast wörtlich von Heidelberg übernommen.

Erfurt: „Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise (fehlt im HP, dafür steht: nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern) ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe (HP Einzahl: Kampf) nicht führen und ihre ökonomische (HP: wirtschaftliche) Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. (HP läßt hier folgen: In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist.) Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit (HP: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel) nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Das scheint also vollkommene Übereinstimmung. Zum richtigen Verständnis dieser Stellen wird es aber nötig sein einzugehen sowohl auf die gesellschaftliche und politische Situation, unter der sie entstanden sind, wie auf die Kommentare, die sie beide vom selben Manne, von Kautsky erhalten haben.

Das Erfurter Programm entstand in einer Zeit, in welcher Deutschland von jeder Art Demokratie himmelweit entfernt war.

Zwar besaß es Länderparlamente und den Reichstag. Aber die Ministerien waren nicht den Parlamenten, sondern den Landesfürsten und dem Kaiser verantwortlich. Sie besaßen also keinerlei Einfluß auf die Ausführung der von ihnen beschlossenen Gesetze und auf den Gang der Verwaltung. Ihr einziges wesentliches Recht bestand in der Haushalt- und Steuerbewilligung, deren Schwergewicht aber lag, anders als heute, bei Ländern und Gemeinden und in diesen herrschte durchweg ein Wahlrecht nach der Steuerleistung, das in Preußen beispielsweise die arbeitenden Massen völlig entrechtete und dem ostelbischen Großgrundbesitz eine sichere und unzerbrechliche Mehrheit ein für allemal gab.

Diese durchaus undemokratischen Zustände wurden verschlimmert durch die einseitige Auswahl der Verwaltungs- und Regierungsbürokratie, durch die ebenso gepflegte reaktionär wirkende Isolierung der Richter, welche eine antidemokratische Rechtsprechung sicherstellte, und durch die gesellschaftliche Vorzugstellung und den ungeheuren Einfluß des Militärs, bei welchem die Adligen, die Vertreter des reaktionärsten Junkertums, die höchsten Stellen innehatten. Wie gering geachtet bis an den Weltkrieg heran das Parlament, die einzige öffentlich anerkannte Vertretung des Volkes war, zeigt schlagfertig das Wort von Oldenburg-Januschau, daß ein Leutnant mit zwanzig Mann auf einen Befehl des Kaisers hin ohne weiteres den Reichstag nach Hause schicken könne. In England hatte schon im 17. Jahrhundert ein ähnlicher Versuch zur Revolution geführt. Im Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts löste das freche Wort nur ein paar schwächliche Proteste aus.*)

Die Großbourgeoisie fand unter diesem kaum verhüllten Militärabsolutismus fast unbeschränkte Profitmöglichkeiten. Das Kleinbürgertum und die Bauern waren zum überwiegenden Teil politisch gleichgültig oder konservativ eingestellt. Der 1848 noch zahlenmäßig starke Liberalismus hatte sich gespalten und war aufs äußerste geschwächt. Nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft kämpfte ehrlich für demokratische Einrichtungen. Lassalles Forderung des freien Wahlrechts war eine Hauptforderung der Sozialdemokratie geblieben, und der Sozialistenmarsch sang sie jedem einzelnen Genossen immer wieder ins Herz: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir kämpfen . . .“

*) Wir wollen nicht vergessen, daß sein Urheber Oldenburg-Januschau heute gern und häufig gesehener Gast bei Hindenburg ist. Seinen alten Rat allerdings braucht er beim Reichspräsidenten kaum aufzufrischen, da sich der Reichstag auch ohne Leutnant immer, wenn es gewünscht wird, artig verhält.

Menschengeschichts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle andern Klassen trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.“ In umgewandelter Form ist nur der erste Satz seinem Sinne nach in einen früheren Abschnitt aufgenommen worden: „Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol.“ Alles andere mußte geopfert werden. Die Feststellung, daß alle anderen Klassen nicht als Bundesgenossen in Frage kommen, weil sie das Privateigentum und die heutige Gesellschaftsform verteidigen, war nicht mehr erträglich mit der Taktik der Sozialdemokratie, welche eine möglichste Annäherung an diese Klassen anstrebte, soweit sie nicht Vertreter des Monopolkapitalismus sind.

Das steht im Zusammenhang mit der veränderten Auffassung vom Wesen und der Funktion der politischen Demokratie, von welcher der nun folgende Abschnitt handelt. Hier liegt anscheinend im Gegensatz zu den bisher behandelten Abschnitten eine fast völlige Übereinstimmung zwischen dem Erfurter und dem Heidelberger Programm vor. Der Erfurter Abschnitt ist fast wörtlich von Heidelberg übernommen.

Erfurt: „Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise (fehlt im HP, dafür steht: nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern) ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe (HP Einzahl: Kampf) nicht führen und ihre ökonomische (HP: wirtschaftliche) Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. (HP läßt hier folgen: In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist.) Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit (HP: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel) nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Das scheint also vollkommene Übereinstimmung. Zum richtigen Verständnis dieser Stellen wird es aber nötig sein einzugehen sowohl auf die gesellschaftliche und politische Situation, unter der sie entstanden sind, wie auf die Kommentare, die sie beide vom selben Manne, von Kautsky erhalten haben.

Das Erfurter Programm entstand in einer Zeit, in welcher Deutschland von jeder Art Demokratie himmelweit entfernt war.

Zwar besaß es Länderparlamente und den Reichstag. Aber die Ministerien waren nicht den Parlamenten, sondern den Landesfürsten und dem Kaiser verantwortlich. Sie besaßen also keinerlei Einfluß auf die Ausführung der von ihnen beschlossenen Gesetze und auf den Gang der Verwaltung. Ihr einziges wesentliches Recht bestand in der Haushalt- und Steuerbewilligung, deren Schwergewicht aber lag, anders als heute, bei Ländern und Gemeinden und in diesen herrschte durchweg ein Wahlrecht nach der Steuerleistung, das in Preußen beispielsweise die arbeitenden Massen völlig entrechtete und dem ostelbischen Großgrundbesitz eine sichere und unzerbrechliche Mehrheit ein für allemal gab.

Diese durchaus undemokratischen Zustände wurden verschlimmert durch die einseitige Auswahl der Verwaltungs- und Regierungsbürokratie, durch die ebenso gepflegte reaktionär wirkende Isolierung der Richter, welche eine antidemokratische Rechtsprechung sicherstellte, und durch die gesellschaftliche Vorzugstellung und den ungeheuren Einfluß des Militärs, bei welchem die Adligen, die Vertreter des reaktionärsten Junkertums, die höchsten Stellen innehatten. Wie gering geachtet bis an den Weltkrieg heran das Parlament, die einzige öffentlich anerkannte Vertretung des Volkes war, zeigt schlagfertig das Wort von Oldenburg-Januschau, daß ein Leutnant mit zwanzig Mann auf einen Befehl des Kaisers hin ohne weiteres den Reichstag nach Hause schicken könne. In England hatte schon im 17. Jahrhundert ein ähnlicher Versuch zur Revolution geführt. In Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts löste das freche Wort nur ein paar schwächliche Proteste aus.*)

Die Großbourgeoisie fand unter diesem kaum verhüllten Militärabsolutismus fast unbeschränkte Profitmöglichkeiten. Das Kleinbürgertum und die Bauern waren zum überwiegenden Teil politisch gleichgültig oder konservativ eingestellt. Der 1848 noch zahlenmäßig starke Liberalismus hatte sich gespalten und war aufs äußerste geschwächt. Nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft kämpfte ehrlich für demokratische Einrichtungen. Lassalles Forderung des freien Wahlrechts war eine Hauptforderung der Sozialdemokratie geblieben, und der Sozialistenmarsch sang sie jedem einzelnen Genossen immer wieder ins Herz: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir kämpfen . . .“

*) Wir wollen nicht vergessen, daß sein Urheber Oldenburg-Januschau heute gern und häufig gesehener Gast bei Hindenburg ist. Seinen alten Rat allerdings braucht er beim Reichspräsidenten kaum aufzufrischen, da sich der Reichstag auch ohne Leutnant immer, wenn es gewünscht wird, artig vertagt.

In diese Situation fiel das Sozialistengesetz, raubte den Sozialdemokraten alle staatsbürgerlichen Rechte, stellte sie unter eine gesetzlich gemachte Terror- und Willkürherrschaft und erschwerte jede politische Arbeit, jede aufklärende Propaganda auf äußerste. In dieser Zeit boten die Parlamentswahlen fast die einzige Gelegenheit, an die Öffentlichkeit zu treten. Man mußte daher die parlamentarische Arbeit notwendig sehr hoch einschätzen. Als das Sozialistengesetz fiel, erschien diese Annäherung an parlamentarisch garantierte Gesetzlichkeit als ein ungeheurer Sieg, die Eröberung der vollen politischen Demokratie als ein ebenso hohes wie fernes, jedenfalls aber als ein Ziel „aufs innigste zu wünschen“.

Die Formulierung dieser politischen Aufgabe war notwendig als Abgrenzung einerseits gegen die in England damals noch unumschränkt herrschende rein gewerkschaftliche Richtung, welche mit dem wirtschaftlichen Kampf allein ihre durchaus reformistischen Ziele glauben zu erreichen zu können, andererseits gegen den Syndikalismus der romanischen Länder und gegen anarchistische und bakunistische Theorien.

Kautsky in seinem Kommentar zum Erfurter Programm begründet die demokratische Zielsetzung einmal antimonarchistisch. Der Parlamentarismus gibt die einzige Möglichkeit einer geordneten, gesetzmäßigen Einwirkung auf die Regierung, während im persönlichen monarchischen Regiment unverantwortliche persönliche Einflüsse vorherrschen, ausschließlich durch die Angehörigen der gesellschaftlich bevorzugten herrschenden Klassen ausgeübt werden können und sich daher zum Nachteil der Arbeiterschaft auswirken müssen. Andererseits sieht er im Parlament einen geeigneten Kampfboden für die Arbeiterschaft, weil diese wohl organisiert und politisch geschult, den Kleinbürgern und Bauern geistig, der Bourgeoisie zahlenmäßig überlegen ist. Das gleiche geheime, direkte Stimmrecht ist ihm daher neben Koalitionsrecht und Preßfreiheit die notwendige Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes.

Inwiefern innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft der Erfolg des gleichen Stimmrechts durch die vielerlei Macht- und Propagandamittel der Bourgeoisie umgefälscht werden könne, inwieweit eine parlamentarische Demokratie verfassungsmäßig und verwaltungsmäßig denaturiert werden könne, das lag damals außerhalb des Blickfeldes des Programmtheoretikers, wie es außerhalb des Kampffeldes der Sozialdemokratie lag.

Das Heidelberger Programm findet eine völlig veränderte Situation. Die demokratische Republik Deutschland ist an die Stelle der Monarchie getreten. Eine Reihe politischer Forderungen

des Erfurter Programms sind verwirklicht: Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter und alle über zwanzig Jahre alte Reichsangehörige, das Proportionalssystem, Wahl an einem gesetzlichen Ruhetage und Entschädigung der Abgeordneten. Dazu kam die parlamentarische Verantwortung der Minister, die Präsidentenwahl durch das Volk und eine Reihe andere Bestimmungen, die zwar hinter den Forderungen des Erfurter Programms erheblich zurückblieben, aber doch eine recht bedeutende Erweiterung der politischen Freiheiten darstellten — soweit sie verwirklicht und nicht durch andere Bestimmungen sowie durch die Praxis der Verwaltung paralytisch wurden.

Aber gegen diese demokratische Republik wandten sich erhebliche Teile der Arbeiterschaft. Die Syndikalisten und Anarchisten freilich spielten zahlenmäßig keine Rolle und die Gewerkschaften waren seit lange in die demokratische Front eingeschwenkt. Dagegen aber standen die Kommunisten mit ihrer Forderung nach der Diktatur des Proletariats und der Ersetzung des Parlaments durch das System der Arbeiter- und Bauernräte.

Es ist bezeichnend, daß das Heidelberger Programm an dieser Fragestellung vorbeigeht, und daß auch Kautskys Kommentar sich nicht damit befaßt. Das entspricht ebenso wie das Ausweichen in verschiedenen anderen Fällen, dem Bedürfnis, sehr auseinandergehende Meinungen in der Mitgliedschaft stillschweigend zu schonen. Es entspricht aber nicht dem Bedürfnis nach einer klaren Formulierung der politischen Grundsätze. Was das Programm und der Kommentar zu diesen brennenden Fragen sagt, ist so vieldeutig und so wenig zur Sache, daß es die Auseinandersetzung nur verwirren und erschweren konnte.

Kautsky hat in seinem Kommentar diese Situation nicht berücksichtigt. Er gibt zunächst ein historisches Exposé, in welchem er nachweist, daß erstens die geschichtliche Entwicklung mit Notwendigkeit zur Demokratie führe, und daß zweitens die volle Demokratie nicht durch das Bürgertum, sondern jederzeit durch die Arbeiterschaft erkämpft sei. Er kommt dann zu dem Schlusse, die vollkommenste Form der Demokratie sei die demokratische Republik, da die Monarchie entweder eine Bedrohung der Demokratie oder aber einen überflüssigen Luxus darstelle. Von entscheidender Wichtigkeit sind die dann folgenden Ausführungen:

„Die demokratische Republik bietet die unerläßliche Vorbedingung für den Sieg der Arbeit über die kapitalistische Ausbeutung. -- Sie bietet aber schon früher die Möglichkeit, die Klassenkämpfe weniger opfervoll zu gestalten, die Verheerungen zu mildern, die sie mit sich bringen. Wo die Demokratie herrscht, da kämpfen nicht mehr unwissende, unorganisierte Scharen. Solche sind unter normalen Umständen keines Widerstandes fähig, nur eine außergewöhnliche Erhebung vermag sie zu einer Erhebung aufzupeitschen, die nicht kluger Berechnung des günstigsten Moments, sondern wilder Verzweiflung entspringt, daher oft nur zu kurzem, ziellosem, zerstörendem Toben führt, um dann im Blute erstickt zu werden.

Derart sind die Klassenkämpfe des Proletariats überall dort, wo keine längere Benutzung demokratischer Rechte es organisiert und geschult hat. Je länger eine Demokratie in einem Lande dauert, je unumschränkter ist sie, um so mehr verlieren die proletarischen Klassenkämpfe diesen wilden Charakter ihres Ursprungs. Und so werden die Formen des proletarischen Klassenkampfes immer milder, trotzdem die Klassengegensätze sich immer schärfer zuspitzen.

Nicht nur die Proletarier werden bei ihren Kämpfen immer ruhiger dank ihrem steigenden Selbstbewußtsein und immer überlegender, klarer und einsichtsvoller dank ihren zunehmenden Erfahrungen. Ihre wachsende Kraft zwingt auch ihre Gegner, sowohl die Kapitalisten selbst wie deren Freunde in den Regierungen und der Presse, den Proletariern respektvoller, gesitteter entgegenzutreten. So werden auch die Kapitalisten zu einer Milderung ihrer Methoden im Klassenkampf erzogen. Diese Milderung hört allerdings sofort dort auf, wo sie mit widerstandslosen Arbeiterschichten zu tun bekommen...“

Diese Ausführungen sind so wichtig für das Verständnis des Heideberger Programms, daß wir sie näher untersuchen müssen.

Kautsky behauptet dreierlei: 1. Die demokratische Republik ist die unerläßliche Vorbedingung für den proletarischen Sieg. 2. Sie gestaltet die Kämpfe weniger opfervoll, weil in ihr (und wir müssen verstehen nach dem Zusammenhang in ihr allein) das Proletariat die Schulung erhält, die zu organisiertem, überlegtem, planmäßigem Kampfe nötig ist. 3. Eine solche machtvolle und geschulte Arbeiterschaft zwingt auch die Kapitalisten zu maßvollerer Kampfweise.

Der richtige Kern dieser Ausführungen ist der, daß eine geschulte und organisierte Arbeiterschaft allein zu erfolgreichem Kampfe befähigt ist, und daß sie den Kampf minder opfervoll gestalten kann als die unorganisierten Proletariatsmassen des beginnenden Kapitalismus. Ist nun aber diese Schulung der Arbeiterschaft unbedingt nur in einer demokratischen Republik möglich und in dieser mit Sicherheit gewährleistet? Beides muß aus der Erfahrung verneint werden.

Westeuropa hatte bis zum Kriegeausbruch nur zwei Länder, welche als demokratische Republiken angesprochen werden konnten: Frankreich und die Schweiz. In allen andern Ländern herrschte entweder eine parlamentarisch beschränkte Monarchie

(Großbritannien, Belgien, Niederlande, Italien) oder ein halbabsolutistisches Regiment mit sehr beschränkten Parlamentsrechten und einem völlig undemokratischen bürokratischen Verwaltungssystem (Deutschland, Österreich-Ungarn, Spanien). Es wäre aber falsch, zu behaupten, daß die demokratischen Republiken eine fortgeschrittenere und besser organisierte Arbeiterschaft besessen hätten als die konstitutionellen oder gar die halbabsolutistischen Monarchien. Die vorhandenen Unterschiede beruhen auf ganz anderen Ursachen, nämlich auf der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder und damit ihres Proletariats. Darum hatte das halbabsolutistische Deutschland eine stärkere und besser organisierte Arbeiterbewegung als die demokratische Republik Frankreich, die „Monarchie“ Belgien stand in ihren Organisationen und der Schulung ihrer Arbeiter an allererster Stelle, weil sie ein altes und ganz ausgesprochenes Industrieland ist, und in Österreich-Ungarn fand man unter der gleichen halbabsolutistischen Bürokratie sehr entwickelte starke Arbeiterorganisationen in Österreich und Böhmen und ganz schwache, leicht besiegbare in Ungarn, Galizien und Kroatien.

Wie wenig aber eine demokratische Republik umgekehrt eine starke und planvoll handelnde Arbeiterbewegung hervorbringen muß, sehen wir an den Vereinigten Staaten. Dieses älteste Musterland der Demokratie hat bis heute noch keine politische Arbeiterbewegung und nur eine äußerst schwache Gewerkschaftsbewegung, welche knapp zehn Prozent der Arbeiter erfaßt. Die Kämpfe der Arbeiterschaft in dieser demokratischen Republik tragen daher durchaus den Charakter, den Kautsky den Arbeiterkämpfen undemokratischer Länder zuschreibt. Sie sind unüberlegt, planlos. Ausdruck der Verzweiflung und daher unverhältnismäßig blutig und opferreich, ohne der Arbeiterschaft wesentlich weiter zu helfen. Noch eindrucksvoller ist die Unzulänglichkeit demokratischer Verfassungsformen zu erkennen an den Verhältnissen der südamerikanischen Republiken, in denen die Formen westeuropäischer Republiken die Gewaltherrschaft kleiner bourgeoisier Klippen und der von ihnen besoldeten Generäle und Beamten kaum verhüllen und die Arbeiterschaft ebenso recht- und machtlos wie ungeschult ist. Die — scheinbare — Demokratie leistet hier keineswegs die ihr zugeschriebenen Dienste als Wegbereiter des Sozialismus, da die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ideologischen Voraussetzungen zu einem erfolgreichen politischen Kampfe fehlen.

Hierauf wird Kautsky antworten, daß derartige Scheindemokratien in seinen Augen keine demokratischen Republiken seien, da zwei wesentliche Kennzeichen der politischen Demokratie ihnen

fehlen, nämlich Koalitions- und Pressefreiheit, und daß erst diese beiden in Verbindung mit der Kontrolle von Gesetzgebung und Verwaltung durch ein in demokratischem Wahlverfahren erwähltes Parlament eine politische Demokratie konstituieren.

Diese Feststellung gibt uns schon festeren Boden unter den Füßen. Wir können danach nämlich feststellen, daß das Parlament allein nicht der entscheidende Faktor einer Demokratie ist. Erst wenn durch freies Koalitionsrecht der Arbeiter und durch tatsächlich vorhandene und leistungsfähige Koalitionen, welche nur bei wirtschaftlicher Reife der Arbeiterschaft möglich sind, das Parlament durch die Arbeiter beeinflußt wird, kann es als demokratischer Faktor wirken.

Aber auch dann wirken diesem Verfassungsfaktor andere entgegen, die seine Wirkung einschränken oder geradezu aufheben können. Das können reale Machtfaktoren sein, die nicht in der Verfassung vorgesehen sind, und andere verfassungsmäßige. Kautsky selbst führt als solchen nicht verfassungsmäßigen, aber höchst wichtigen Faktor das Militär an. Daneben wirken die Bürokratie, die Justiz, die Polizei, die großen Wirtschaftsgruppen: Großgrundbesitz, Industrie, Finanz. Diese Mächte sind in allen demokratischen Ländern neben dem Parlament dauernd wirksam und durchkreuzen die parlamentarischen Maßnahmen nicht selten so stark, daß sie in ihr Gegenteil verkehrt werden. Die Macht der organisierten Arbeiterschaft stellt neben diesen antidemokratischen Einflüssen allerdings ein demokratisches Verfassungsmoment dar, das hoch einzuschätzen ist, aber sich nur in dem Maße als Gegengewicht auswirken kann, als die Arbeiterschaft imstande ist, wirtschaftlich, politisch und kulturell ihre Forderungen durchzusetzen.

Der dritte Faktor demokratischer Machtentfaltung aber, die Presse, wirkt sich unter diesen Umständen nicht selten durchaus als Hemmschuh der demokratischen Entwicklung aus. Je mehr die Presse unter die direkte und indirekte Kontrolle antidemokratischer Mächte, vor allem der großen kapitalistischen Wirtschaftsgruppen gerät, desto gefährlicher wirkt sie der Schulung und dem Zusammenschluß der Arbeiterschaft entgegen. Und gerade in den wirtschaftlich entwickeltsten Ländern, in denen daher die Klassengegensätze besonders schroff sind, bestehen bei verfassungsmäßiger Pressefreiheit die mannigfachsten Einschränkungen, durch die eine sozialistische Aufklärung der Massen gehemmt, ihre Beeinflussung in kapitalistischem Sinne gesichert wird. Man denke nur an die Kino- und

Rundfunkzensur, die in allen Demokratien diese modernsten und wirkungsvollsten Propagandamittel für die sozialistische Propaganda brachlegen.

Fassen wir zusammen: die politische Demokratie, wie sie in Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit und parlamentarischem Regime zum Ausdruck kommt, wirkt sich durchaus verschiedenartig aus, je nach der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reife eines Landes und nach den realen Machtfaktoren, Militär, Bürokratie, Justiz, Polizei, Erziehungswesen und Wirtschaft, die im Lande vorhanden sind. Wo diese sich der parlamentarischen Kontrolle entziehen, und das ist heute mehr oder minder ausgesprochen in allen sogenannten Demokratien der Fall, da kann das gesellschaftliche Leben völlig antidemokratisch bleiben. Die demokratische Verfassung hat dann nicht viel mehr realen Wert als das Reklameschild eines Händlers, das nur harmlose Gemüter als hinreichende Garantie für die Echtheit der verkauften Waren ansehen.

Deutschland ist für diesen Zustand geradezu ein Schulbeispiel. Alle unparlamentarischen Machtfaktoren vom Militär bis zum Erziehungswesen sind durch die undemokratische Vergangenheit Deutschlands besonders stark und besonders reaktionär ausgebildet. Die geschriebene Verfassung gibt sehr unzulängliche Handhaben der Kontrolle über sie, die tatsächliche Entwicklung hat diese Kontrolle zu einem Nichts zusammenschrumpfen lassen. In keinem Land der Erde kann die politische Demokratie heute wirklich funktionieren, da überall die sozialen Voraussetzungen für ein solches Funktionieren, die Organisationen der Arbeiterschaft nicht oder nicht in hinreichender Stärke ausgebildet sind. Aber in keinem Lande, das eine demokratische Verfassung hat, funktioniert sie so schlecht wie in Deutschland.

Das liegt freilich zum Teil an dieser Verfassung selbst. In ihr sind einige wesentliche Handhaben demokratischer Kontrolle schlecht ausgebildet, dagegen einige sehr gefährliche antidemokratische Elemente vorhanden. Die direkte Initiative des Volkes: der Volksentscheid ist mit soviel Hemmungen umgeben, daß es praktisch unmöglich ist, daß in Deutschland jemals ein Volksentscheid ein positives Ergebnis hat. So wie

dieses Recht in Deutschland formuliert ist, kann es nur Anlaß geben zur Agitation, die fruchtlos verläuft und große Kosten verursacht.

Noch bedenklicher ist, daß die in der Verfassung ausgesprochene Ministerverantwortlichkeit durch kein Gesetz klar gestellt ist. Die Minister sind heute in der Tat unverantwortlich. Noch mehr gilt das von der hohen Bürokratie, die weit mehr als die wechselnden Minister die Ausführung der Gesetze und den Gang der Geschäfte, vor allem aber die Personalpolitik bestimmt, und die ohne irgendwelche wirksame Kontrolle nicht nur antidemokratische, sondern antirepublikanische Politik völlig ungehindert betreiben kann und tatsächlich seit dem Bestehen der Republik sehr erfolgreich betrieben hat.

Diese antidemokratische Tendenz der Verfassung wird verhängnisvoll verstärkt durch die ganz ungewöhnlich großen Rechte, welche dem Reichspräsidenten gegeben sind, und welche es ihm ermöglichen, auf dem Wege des Ausnahmezustandes und der Notverordnungen die ganze Verfassung auf gesetzliche Weise außer Kraft zu setzen. Da Militär, Bürokratie und Rechtsprechung derartige Maßnahmen jederzeit decken und unterstützen werden, ruht der verfassungsmäßige Schutz der Demokratie ausschließlich bei den Parlamenten. Wie schlecht er hier aufgehoben ist, hat uns das letzte Jahr gezeigt, in welchem das Parlament die Verfassung nicht anders zu schützen wußte, als daß es sich selbst dauernd ausschaltete. Damit gab es zu, daß die Demokratie heute in Deutschland nur noch besteht auf Grund der einstweiligen Tolerierung, die sie von Reichspräsidenten, Bürokratie und Reichswehr erhält. Es ist kein Zweifel, daß der Reichstag, falls diese Tolerierung eines Tages endet, nicht imstande, zum großen Teil auch gar nicht willens sein würde, Demokratie und Verfassung zu schützen.

Im Rahmen dieses Abbaus demokratischer Einrichtungen ist auch ein so weitgehender Abbau der Pressefreiheit erfolgt, daß von ihr heute nur noch so viel besteht, wie die Reichs- und Länderverwaltungen, vor allem aber die Polizei bestehen lassen will. Dadurch wird eine sehr wichtige Funktion demokratischen Lebens und eine Vorbedingung des proletarischen Befreiungskampfes: die Propaganda unter den Massen und die Schulung der Arbeiterschaft behindert und die Voraussetzung für planvolle Massenaktionen eingeschränkt. Es wächst in demselben Maße, wie Kautsky das richtig ausführt, die Gefahr, daß es zu planlosen, unvorbereiteten Aktionen kommt, die Ausdruck der Verzweiflung, nicht aber nüchterner Erkenntnis sind, und in opferreichen und blutigen Niederlagen enden müssen.

Trotzdem besteht heute in Deutschland noch ein Faktor demokratischen Lebens. Das ist die Koalitionsfreiheit. Und je mehr die übrigen demokratischen Garantien abgebaut oder durch ihre eigene Schwäche außer Wirksamkeit gesetzt sind, desto entscheidender wird seine Bedeutung. Solange die Arbeiterorganisationen nicht durch gesetzliche oder Verwaltungsmaßnahmen beseitigt oder beschränkt werden, und solange die Arbeiterschaft die wirtschaftliche und ideelle Kraft behält, sie aufrechtzuerhalten, kann von einer Beseitigung der Demokratie in Deutschland nicht die Rede sein. Es verdient aber unterstrichen zu werden, daß es weniger das formale Recht der Verfassung als die reale Macht der Arbeiterbewegung ist, welche diesen letzten Pfeiler der Demokratie erhält, und daß nur auf dem Boden eines Machtkampfes über das Schicksal der Arbeiterorganisationen und damit über das endgültige Schicksal der Demokratie in Deutschland entschieden werden kann.

So ergibt uns eine Betrachtung der Tatsachen, daß das, was das Erfurter Programm unter politischer Demokratie versteht: Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit und parlamentarische Kontrolle wohl wesentliche Teile, aber durchaus nicht die Gesamtheit demokratischer Faktoren darstellt. Es fehlt daher sehr viel daran, daß mit diesen drei Faktoren eine politische Demokratie funktionsfähig sei. Vielmehr beginnt in dem Augenblick, wo die Arbeiterschaft diese drei Grundlagen demokratischen Lebens erobert hat, erst der Kampf um die anderen politischen Mächte und ihre Demokratisierung: um Verwaltung, Justiz, Polizei, Militär und Erziehung, sowie um die Kontrolle der Wirtschaft, welche in jedem Augenblick ihren Einfluß auf die politischen Machtfaktoren geltend macht. Der politische Kampf ist daher in keinem Augenblick vom wirtschaftlichen und kulturellen Kampfe zu trennen, und die politische Demokratie vollendet sich erst dann, wenn der soziale Kampf im ganzen zugunsten der Arbeiterschaft entschieden ist. Solange das nicht der Fall ist, befinden wir uns in einem Übergangszustand, in welchem von wahrer politischer Demokratie keineswegs die Rede sein kann, sondern allerhöchstens vom Bestehen einiger demokratischer Elemente innerhalb einer im ganzen noch durchaus undemokratischen Ordnung.

Das Erfurter Programm hat diesen Tatbestand nicht klar herausgestellt. In einer halbabsolutistischen, bürokratischen und militaristischen Staatsordnung war das Interesse der Arbeiterschaft vor allem gerichtet auf diejenigen Faktoren der politischen Ordnung, auf welche die Arbeiterschaft bereits Einfluß nahm, deren Bedeutung sie daher abzuschätzen vermochte. Der Kampf um sie stand im Mittelpunkt, weil er aussichtsvoll erschien. Der Kampf um die andern realen Verfassungsmächte war nicht aktuell und trat daher im Bewußtsein zurück.

Trotzdem wurde er wenigstens im Aktionsprogramm, also praktisch berücksichtigt, wenn man auch versäumte, ihn theoretisch zu begründen. Das Erfurter Programm verlangt zur Demokratisierung der Verwaltung:

„Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde, Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

Demokratisierung des Militärs: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr statt stehenden Heeres.

Demokratisierung der Justiz: Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter.“

So kritisch wir zu manchen dieser Forderungen stehen, so zeigt doch der erste Blick, wieweit sie über die heute bestehenden Verhältnisse hinausgehen, und wie sehr der Arbeiterschaft gegenwärtig war, daß die Demokratie mehr bedeute als eine demokratische Verfassung auf dem Papier und ein nach dem allgemeinen Stimmrecht gewähltes Parlament.

Das aus dem Auge verloren zu haben, ist der große, der schwerwiegendste Fehler des Heidelberger Programms.

Hier heißt es nämlich zum politischen Kampf: „In der demokratischen Republik besitzt sie (die Arbeiterschaft) die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist.“ Diese Formulierung muß jedem Leser den Eindruck erwecken, als sei die deutsche Republik tatsächlich eine Demokratie. Ich habe mich bemüht nachzuweisen, daß das nicht der Fall ist und bereits 1925, als das Heidelberger Programm entstand, nicht der Fall war. Demokratie meint Selbstverwaltung des Volkes. Die Weimarer Verfassung mit ihren ungenügenden Bestimmungen über die Kontrolle von Verwaltung, Justiz und Heer, mit der übergroßen Macht, die sie dem Reichspräsidenten einräumt, mit den weitgehenden Ausnahmebestimmungen des § 48, sichert eine solche Selbstverwaltung keineswegs und verdient deswegen nicht den Namen einer demokratischen Verfassung. Noch viel weniger sind die wirklichen

Machtverhältnisse in Deutschland demokratische. Die ungeschriebene Verfassung, welche durch Verwaltung, Heer, Justiz und Wirtschaft gebildet wird, ist unendlich viel stärker als die einzigen demokratischen Instanzen, welche die Verfassung kennt, als der Reichstag und die Länderparlamente. Der einzige reale demokratische Machtfaktor, die Arbeiterorganisationen, wird durch die geschriebene Verfassung einestheils zwar geschützt, andererseits aber auf das mannigfachste gehemmt.

Wir leben also nicht etwa in einer Demokratie, welche wir nur zu schützen und auszubauen hätten, sondern in einem Übergangszustand, in welchem einige demokratische Einrichtungen (Koalitionsfreiheit, Pressfreiheit, parlamentarische Kontrolle) gegen die antidemokratischen Einrichtungen der Verwaltung, Justiz, des Heeres und der Erziehung in dauerndem Kampfe liegen. Dabei wird jede antidemokratische Tendenz durch die autokratische und oligarchische Wirtschaft verstärkt und unterstützt. In diesem ungleichen Kampfe sind die demokratischen Einrichtungen allmählich, im letzten Jahre in beschleunigtem Tempo und so erfolgreich abgebaut worden, daß auch der Blindeste es bemerken muß. Verhältnismäßig unbeschädigt ist heute nur noch die Organisation der Arbeiterschaft, und auf ihr allein beruht daher auch die Hoffnung eines Erfolges im Kampfe gegen die antidemokratischen Mächte.

Die Sozialdemokratie hat die Kraft der Arbeiterschaft in diesem Kampfe erheblich geschwächt dadurch, daß sie die Täuschung hervorrief, als sei der gegenwärtige Zustand ein demokratischer, der gegenwärtige Staat eine Demokratie und der Kampf, den die Arbeiterschaft zu führen habe, im wesentlichen ein Verteidigungskampf für bereits gewonnene Errungenschaften.

Das Leben, das die Arbeiterschaft in dieser Zeit zu führen hatte, war ein sehr schweres. Die Lebensunsicherheit war gewachsen. Die Ungerechtigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse war in die Augen fallend. Die Verwaltung erwies sich als ebenso arbeiterfeindlich wie vor dem Kriege, die Justiz zeigte einen ebenso scharfen Klassencharakter, das Heer war ausgesprochen reaktionär, wenn nicht offen republikfeindlich, die Erziehung blieb Privileg der Besitzenden. Wurde dem Arbeiter angesichts all dieser Tatsachen erklärt: „Wir sind im Besitze der Demokratie und haben diese Demokratie zu verteidigen“, so mußte bei vielen die Antwort lauten: „Auf eine solche Demokratie pfeife ich. Mögen andere, die von ihr profitieren, sie verteidigen“. Und diese

Anlehnung mußte sich verschärfen, je mehr die Lage der Arbeiter sich verschlimmerte. Die Millionen, die heute in Deutschland erklärte Gegner der Demokratie sind, sind es geworden auf Grund der falschen Annahme, das heutige Deutschland sei eine Demokratie.

Demgegenüber ist es notwendig, klar zu betonen, daß eine vollendete politische Demokratie in einer undemokratischen Wirtschaft und Gesellschaft unmöglich ist. Was wir im Kapitalismus erreichen können, sind nur Ansätze zu politischer Demokratie, und diese Ansätze sind nur im Kampfe zu gewinnen, nur im Kampfe zu behaupten und beides nur in dem Maße, wie sich die organisierte Macht der Arbeiterschaft der Organisation der antidemokratischen Mächte überlegen erweist.

Damit löst sich, wie mir scheint, auch die Frage: Demokratie oder Diktatur des Proletariats. Dieser Gegensatz ist nur entstanden aus einer falschen Fragestellung und einer unklaren Analyse der Tatsachen.

Demokratie: Selbstverwaltung des Volkes, für das Volk und durch das Volk steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Entwicklung. Sie ist auf dem Gebiete der Politik nicht zu verwirklichen, wenn sie nicht gleichzeitig auf dem der Wirtschaft und der Kultur verwirklicht ist. Nur derjenige Arbeiter, der durch seine Organisation imstande ist, das wirtschaftliche Geschehen zu kontrollieren, und der durch seine Erziehung imstande ist, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu verstehen, vermag an der politischen Selbstverwaltung teilzunehmen. Wie weit die Arbeiterschaft heute davon entfernt ist, beweisen immer wieder die Vorgänge in sogenannten Demokratien mit starker Arbeiterbevölkerung. Die Entwicklung der Wirtschaft der letzten Jahre beweist deutlich die Notwendigkeit internationaler Planung, die Notwendigkeit sozialistischer Umgestaltung. In Deutschland stimmen Millionen für die verschwommenen Katastrophenphrasen Hitlers, in England für Schutzzölle und gegen sozialistische Maßnahmen. Das kann kaum anders sein, solange ihnen die Grundlagen einer demokratischen Erziehung, und das ist eine sozialistische Erziehung, fehlen. Aber vor diesen Tatsachen schwindet das Trugbild einer friedlichen Entwicklung, in welcher die einmütige Erkenntnis einer organisierten Arbeiterschaft den

Widerstand der Gegner durch ihren friedlich ausgedrückten Willen beseitigt und gewaltlos die Herrschaft des Klassenstaates in die Selbstverwaltung eines freien Volkes umwandelt.

So leicht und so vernünftig geht der Weg der Geschichte nicht. Weder ist die Arbeiterschaft einig und stark genug, um in friedlichem Aufstieg zum Siege vorzuschreiten, noch ist der Gegner bereit, ihr kampflös den Platz zu räumen.

Kautskys Kommentar zum Heidelberger Programm meint noch bei der Bourgeoisie eine Milderung der Sitten konstatieren zu können, wenn er diese Milderung auch mit Recht auf die wachsende Macht der Arbeiterschaft zurückführt. Heute ist von dieser Milde nichts übrig geblieben. Die häßliche Fratze der Gewalttätigkeit starrt uns überall entgegen. Der Arbeiter erfährt es täglich, daß dieser Machtwille der Unternehmerschaft vor nichts zurückschreckt und daß die wachsenden Schwierigkeiten, in die das kapitalistische System gerät, sich bei den Kapitalisten umwandeln in den rücksichtslosesten Kampfwillen auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. So verschwindet die mildere demokratische Form der kapitalistischen Diktatur und die politische Form des um seine Existenz kämpfenden späten Kapitalismus, der Faschismus, tritt an ihre Stelle, wie in Italien, so in England, Amerika und Deutschland. Das Gewand der gesetzlichen Formen für diesen Faschismus wechselt von Land zu Land. Der Inhalt bleibt überall der gleiche: der Wille, die eigene Machtstellung mit jedem Mittel, das tauglich scheint, zu erhalten.

Diesem Willen kann die Arbeiterschaft nur entgegenstellen die gleiche Entschlossenheit, sich nicht besiegen und entrechten zu lassen, und in diesem Abwehrkampfe gleichfalls jedes taugliche Mittel zu verwenden.

Aber welche Mittel sind für einen proletarischen Abwehr- und Befreiungskampf tauglich? Darauf gibt es zwei Antworten: eine grundsätzliche und eine vom Tage und für den Tag. Die grundsätzliche lautet: jedes Mittel, das die Massen sammelt, organisiert und schult. Also Propaganda, Aufklärung, theoretische Bildung, praktische Arbeit in jeder Art organisatorischer Tätigkeit. Dafür bedürfen wir einiger demokratischer Garantien: der Koalitions-, der Pressefreiheit, der Versammlungs- und Propagandafreiheit. Wir wissen aus Erfahrung, daß man auch ohne diese Freiheiten arbeiten kann, aber wir wissen zugleich, wie schwer das ist. Darum müssen wir sie mit Klauen und Zähnen verteidigen.

Was aber werden wir darüber hinaus tun? Darauf antwortet nur der Tag mit seinen Aufgaben. Wir wissen nicht, was der Klassengegner unternehmen wird. Wir

wissen nicht, ob auf dem politischen oder wirtschaftlichen Kampfplatz die erste Entscheidung fallen wird. Wir wissen nicht, wie gering oder groß dann die Kraft der Arbeiterschaft ist. Nach allen diesen Umständen aber entscheidet sich der Plan zur Verteidigung wie zum Angriff.

Leitend bei allem aber wird uns die Erkenntnis sein: Die Demokratie ist nicht Ausgangspunkt, sondern Endpunkt des proletarischen Befreiungskampfes. Die politische Demokratie ist nicht zu trennen von der sozialen Demokratie. Beide sind nur vereint zu verwirklichen und innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nirgends verwirklicht. Einige Ansätze zur Demokratie, die vorhanden sind, sind für die Arbeiterschaft in ihrem Befreiungskampfe von höchstem Werte, so vor allem Koalitions- und Pressefreiheit. Ihre Erhaltung und, wo sie ganz oder teilweise verlorengegangen, ihre Wiedergewinnung hängt aber ausschließlich ab von der organisierten Kraft des Proletariats, da der Kapitalismus in seinem Existenzkampf sich immer entschiedener zum Gegner jeder Demokratie entwickelt. Die Sätze des Heidelberger Programms wandeln sich also für uns in Forderungen: Die demokratischen Rechte, welche eine notwendige Voraussetzung jedes erfolgreichen politischen Kampfes sind, werden von der sozialistischen Arbeiterschaft verteidigt und, wo es notwendig ist, fortschreitend erobert bis zu dem Zeitpunkt, wo die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterschaft die politische zugleich herbeiführt, wo mit der sozialen Demokratie auch die politische ihre Verwirklichung findet.

III. Die Internationale

Die Stellungnahme des Erfurter Programms zur Internationale begründet mit den gleichen Interessen der Arbeiter aller Länder die Notwendigkeit des internationalen Befreiungskampfes. Der Absatz lautet: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratie sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder.“

Die Grundformulierung des Programms war zweifellos richtig. Trotzdem fehlt ihm die präzise Einstellung auf die gegenwärtige Politik. Der ganze Abschnitt ist mehr eine Sympathiekundgebung als ein Feldzugsplan. Und dieses Übel wird verschlimmert durch das Aktionsprogramm, in welchem das Wort „international“ überhaupt nur einmal auftaucht, wo „nationale und internationale“ Arbeiterschutzgesetzgebung verlangt wird. Darüber hinaus scheinen internationale und außenpolitische Fragen für das Programm nicht zu existieren. Das läßt sich nicht erklären mit der Machtlosigkeit der Sozialdemokratie, auch nicht mit der überwiegenden Wichtigkeit der innenpolitischen Fragen, am wenigsten mit der Schwäche der internationalen Arbeiterbewegung zur Zeit, als das Erfurter Programm entstand. Vielmehr hätte gerade diese Schwäche ein Anlaß sein sollen, mit besonderer Intensität sich den Fragen der Internationale zuzuwenden. In dieser unzureichenden und unbestimmten Formulierung kommt vielmehr die Neigung zutage, die in der deutschen Arbeiterschaft immer bestanden hat, die internationalen Fragen zurückzuschieben. Das Interesse für internationale Probleme ist natürlicherweise beim Arbeiter im Betrieb nicht so groß wie das Interesse für die Fragen des täglich ihn umgebenden Lebens. Diese natürliche Gleichgültigkeit läßt sich nur überwinden durch eine sehr sorgfältige und konsequente Schulung. Diese ist möglich. Aber sie ist nur dann möglich, wenn Presse, Versammlungstätigkeit und Bildungsarbeit zusammenwirken, um die Unwissenheit, Unsicherheit und Gleichgültigkeit auf diesem Gebiete zu überwinden. Daran hat es in der Sozialdemokratie von jeher gefehlt. Die große Masse auch der führenden Funktionäre, die aus Gewerkschafts- und praktischer Parteiarbeit kam, stand diesen Fragen fremd gegenüber. Der ungemein starke Einfluß, den Marx und Engels in der Richtung internationaler Einstellung ausübten, verschwand nach ihrem Tode. Die grundsätzliche Tendenz blieb zwar, aber man wandte sie immer weniger auf die verwickelten Probleme des internationalen Geschehens an. Praktisch für die Außenpolitik interessiert waren eigentlich nur kleine Gruppen, vor allem solche, die wie Rosa Luxemburg, Radek und Parvus, aus dem Auslande stammten, auf der anderen Seite der Kreis um die Sozialistischen Monatshefte, wohl der einzige geschlossene sozialistische Kreis, der vor dem Kriege eine durchaus durchdachte, folgerichtige und in sich zusammenhängende Politik vertrat (Kontinentalpolitik mit engem Anschluß an Frankreich).

Die Auslandsberichterstattung der sozialdemokratischen Presse ließ so gut wie alles zu wünschen übrig. Sie tut es noch heute. Nicht einmal die wenigen gut orientierten sozialdemokratischen

Außenpolitiker wußte man hinreichend einzusetzen. So blieb die sozialdemokratische Außenpolitik beschränkt auf eine allgemeine Ablehnung militaristischer, imperialistischer und kolonialer Bestrebungen. Die große Masse der deutschen Arbeiterschaft war sich bestimmt in keiner Weise klar über die ungeheuren Gefahren, welche von Bismarck her die deutsche und österreichische Außenpolitik aufgehäuft hatte, die Führer waren es ebensowenig über die Wege, die man zu ihrer Beseitigung zu gehen habe. Man kam nicht hinweg über ergebnislose Generalstreikdebatten im Inneren und allgemeine Resolutionen auf den internationalen Kongressen. Das natürliche Ergebnis dieser Sachlage war der Zusammenbruch der gesamten internationalen Ideologie der Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch und — was weit schlimmer war als diese Überumpelungsniederlage — die völlige Abhängigkeit der sozialdemokratischen Außenpolitik bis zum Kriegsende vom deutschen Hauptquartier und vom Kriegspresseamt; um an Heilmanns berühmtes und kennzeichnendes Wort: „Ich gehe zu Hindenburg“ anzuknüpfen: die bedingungslose Kapitulation der einzigen organisierten Macht des internationalen Proletariats vor den Anschauungen und Plänen eines einseitig nationalistischen Militarismus.

Diese Tatsache hätte warnen sollen und darauf hinweisen, einen welcher wesentlichen Teil eines sozialdemokratischen Programms das außenpolitische Programm darstellt, das hieb- und stichfest sein muß, das nicht mit allgemeinen Wendungen sich begnügt, sondern den wirklichen Problemen auf Grund einer klaren theoretischen Erkenntnis zu Leibe geht.

Diese Probleme sind seit der Entstehung des Erfurter Programms um vieles vielfältiger, dringender, einschneidender geworden.

Obenan stehen selbstverständlich die Probleme der internationalen Wirtschaft. Die Verflechtung der Weltwirtschaft, die Steigerung der Konkurrenz, die Verengung des weltwirtschaftlichen Spielraums machen heute die nationale Wirtschaftskonjunktur stärker als je vorher von der internationalen abhängig. Die Verlagerungen der finanziellen Macht nach einigen wenigen Ländern, welche durch die Kriegverschuldung beschleunigt wurden, und durch die diese Länder den Goldvorrat der Welt ebenso kontrollieren wie die Kreditgewährung, machen es unmöglich, daß ein Land für sich allein über seine Währung, seine Kreditgeber, die Finanzierung seiner Produktion und die Verteilung seines gesellschaftlichen Arbeitsprodukts, also über seine Sozialpolitik, Steuerpolitik und Konsumentenpolitik entscheidet. Wie weit hier die gegenseitige Abhängigkeit geht, wurde blitzartig

klar, als im Sommer dieses Jahres die englische Arbeiterregierung stürzte über der Forderung des sozialen Abbaus, welche von der englischen, amerikanischen und französischen Finanz erhoben wurde.

Durch die Ausdehnung der industriellen Produktion auf Länder, welche bis dahin nur als Abnehmer in Frage kommen, wird nicht nur die Ausfuhrmöglichkeit der alten Industrieländer eingengt, sondern die niedrige Lebenshaltung der Arbeiter in diesen Ländern wirkt als Druck auf die Löhne in den Ländern mit alter, organisierter und daher gehobener Arbeiterbevölkerung (Beispiele: die Konkurrenz der Kolonien und Chinas gegen die englische Textilindustrie; die Konkurrenz des tschechoslowakischen Schuhmagnaten Bata gegen die alte deutsche hochqualifizierte Schuhindustrie; die Konkurrenz der sehr billig produzierenden italienischen Kunstseide gegen die höher qualifizierte Arbeit im anderen Europa usw.).

Die überall unendlich gesteigerte Produktivität ermöglicht es bei ausgedehnten nationalen Wirtschaftskämpfen, dem Unternehmertum den Produktionsausfall durch gesteigerte Einfuhren aus anderen Ländern zu ersetzen und die inländische Arbeiterschaft auszuhungern. Aufeinander in verschiedenen Ländern folgende Lohnkämpfe können niedergerungen werden mit Hilfe der ausländischen Streikbrecher, die ihrerseits ebenso niedergekämpft werden, sobald sie in Lohnkämpfe eintreten. Die Belegschaften der europäischen Kohlengruben haben so im letzten Jahrzehnt sich wechselseitig niedergekämpft: der Belgier den Deutschen, der Engländer den Belgier, der Deutsche den Engländer. Der folgenreichste, tapferste und tragischste Lohnkampf des letzten Jahrzehnts, dessen Zusammenbruch sich heute noch in der gesamten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Notlage Europas auswirkt, der Streik der englischen Kohlenbergarbeiter, ist im wesentlichen niedergeschlagen durch die unbewußte Streikbrecherarbeit, die in dieser Zeit die Kumpels an der Ruhr in hochbezahlten Überstunden leisteten.

Das Wirtschaftsschicksal eines deutschen Arbeiters hängt also heute in weit höherem Maße als je vorher ab vom Schicksal des Arbeits- und Klassengenossen im europäischen und amerikanischen, ja, im asiatischen und australischen Ausland. Keine wirtschaftliche und soziale Kampfaktion verspricht daher auf die Dauer irgendeinen Erfolg, wenn sie nicht unternommen wird mit Berechnung der internationalen Lage und im Einvernehmen mit der internationalen Arbeiterschaft. Trotz dieser Sachlage sind die internationalen Verbindungen der Arbeiterschaft weit weniger aktionsfähig als die entsprechenden kapitalistischen Orga-

nisationen. Deren Wirksamkeit scheidet freilich in allen großen Fragen an dem wesentlichen Interessengegensatz, der imperialistische Wirtschaftsgewaltige im Kampf um die wirtschaftliche Weltbeherrschung gegeneinander treibt. In Einzelfragen und besonders in der Frage des Kampfes gegen die Arbeiterschaft gelingt ihnen die Zusammenarbeit indes bedeutend besser als der Arbeiterschaft bisher die praktische internationale Zusammenarbeit gelungen ist, die nicht nur unerlässlich, sondern angesichts der im Endziel gleichen Arbeiterinteressen auch weit eher zu verwirklichen ist. Der Widerstand, der sich erhebt, angesichts der scheinbar gegensätzlichen Augenblicksinteressen, müßte durch Aufklärung und Schulung der Arbeiterschaft überwunden werden. Das wäre insbesondere notwendig in der heutigen Lage, in der alle Länder ausnahmslos die Arbeitslosigkeit bekämpfen durch Senkung des Innenkonsums (Lohnabbau) und krampfhaftige Steigerung des Exports. In Deutschland, das augenblicklich diese Politik so erfolgreich betreibt, daß es allein durch Importsenkung an der Spitze aller Exportländer steht, wäre eine gründliche Aufklärung über die katastrophalen Folgen einer solchen Politik, die unvermeidlich in ein internationales Wirtschaftschaos, wenn nicht gar direkt in kriegerische Verwicklungen führt, am allernotwendigsten.

Aber es sind nicht nur die wirtschaftlichen Fragen, welche die Arbeiterschaft mehr als je zu internationaler Stellungnahme zwingen. Untrennbar von ihnen sind die politischen Probleme, deren es für Deutschland eine ganze Reihe der allerdringendsten gibt. Ich zähle nur die vordringlichsten auf:

1. Wie stellt sich die deutsche Sozialdemokratie praktisch und theoretisch zur Frage der Wiedergutmachung der Kriegsschäden und Liquidierung der Kriegsschulden nach einem Maßstabe internationaler Gerechtigkeit? Daß die Lösung des Versailler Friedensvertrages, die aus nationalistischen Rachegefühlen und darüber hinaus ausschließlich im Interesse der Kapitalisten der Siegerländer erfolgte, untragbar ist, wissen wir alle, daß ein einfaches Abschütteln dieser Verpflichtungen nicht nur unmöglich, sondern auch unter den Gesichtspunkten internationaler Arbeitersolidarität unzulässig wäre, wissen manche von uns. Die zweite Internationale hat in allgemeinen Erklärungen zu dieser Frage Stellung genommen. Aber durchaus fehlt in Deutschland selbst die gründliche Aufklärung und Erörterung dieses Problems vom sozialistischen, nicht nationalistischen Standpunkt aus. Diese Versäumnis hat der halt- und sinnlosen Propaganda der Nationalsozialisten in den völlig unorientierten Massen einen so breiten Boden schaffen können.

2. Die heutige Trennung Europas in vierzig souveräne Staaten, oder, wenn wir Rußland ausschalten, in 39 Staaten auf einem Gebiet, das von den Vereinigten Staaten fast um das Doppelte, von Gesamt Rußland fast um das Vierfache übertroffen wird, ist längst eine wirtschaftliche Unmöglichkeit und eine dauernde politische Gefahr. Es ist auch völlig abwegig, hier eine Lösung zu suchen durch bessere Grenzföhrung. Die des Versailler Vertrags ist offenkundig schlecht. Aber eine gute Lösung gibt es nicht, dazu sind die Nationen viel zu sehr durcheinander geschoben. Dazu sind die wirtschaftlichen Interessen zu sehr miteinander verflochten. Solange Polen und Deutschland beispielsweise in einem Europa der souveränen Staaten nebeneinander stehen, läßt sich die Frage des polnischen Korridors nicht lösen, so daß Polens wirtschaftliche Interessen, die einen Zugang zur Ostsee fordern, befriedigt werden zugleich mit den Interessen der deutschen Provinz Ostpreußen. Das gleiche gilt von der Frage der polnisch-deutschen Grenzmark, wo jede Art der Grenzföhrung zwischen souveränen Staaten nationale Minderheiten in einem fremden Staatengebiet läßt. Ebenso bleibt an der Westgrenze, solange sich Deutschland und Frankreich mißtrauisch und feindselig gegeneinander sichern, im Elsaß ein dauernder Gefahrenherd. Jeder Versuch, diese Probleme innerhalb eines national getrennten Europas zu lösen, ist zum Scheitern verurteilt. Auch die deutsch-österreichische Anschlußfrage kann nicht in einem solchen gelöst werden. Die souveränen, gegeneinander abgegrenzten und auf ihre Sicherung bedachten europäischen Staaten müssen in einem solchen Zuwachs zu dem größten mitteleuropäischen Lande, das an Volkszahl ohnehin an der Spitze der europäischen Staaten (immer mit Ausnahme Rußlands) steht, mit Recht eine Bedrohung des politischen Gleichgewichts erblicken. Aber diese Theorie vom europäischen Gleichgewicht ist längst ebenso überaltert wie das ganze Staatenchaos, das auf ihr sich aufbaut.

Die Frage des Staatenbundes Europa ist längst reif, ja überreif. Sie ist nicht lösbar in dem politischen System souveräner Nationalstaaten, das dem Wirtschaftssystem des Kapitalismus entspricht. Beide sind miteinander reif zum Untergang. Die deutsche Sozialdemokratie aber muß positiv und klar wissen, was sie an ihre Stelle zu setzen willens ist. Sie muß auch ihre außenpolitische Tagespolitik darauf abstellen. Sie muß vor allen Dingen diese Frage im Bewußtsein der Arbeiterschaft zu einer dringenden machen.

3. Die Frage der Stellung zu Sowjetrußland wird sehr häufig von rechtsradikaler wie von kommunistischer Seite her so formuliert, als handle es sich um ein Entweder-Oder: westliche oder östliche Orientierung. Nichts ist falscher als das. Das un-

gheure wirtschaftliche Gebiet, das in den Sowjets politisch zusammengeschlossen ist, bedarf einer eigenen Entwicklung, die durchaus anders verlaufen muß und wird als die Entwicklung des viel kleineren, aber menschenreichen, stark industrialisierten und unendlich differenzierten europäischen Wirtschafts- und Kulturgebiets. Ein Zusammenkoppeln beider wäre politischer Wahnsinn. Ein Zusammenarbeiten mit gegenseitiger Ergänzung und Unterstützung ist eine offenkundige Notwendigkeit. Die Ausarbeitung von Plänen für solche Zusammenarbeit von sozialistischem, nicht kapitalistischem Interesse aus hätte nie verzögert werden dürfen, und keine parteipolitischen Gegensätze können diese Verzögerung entschuldigen.

4. Endlich fehlt in der deutschen Sozialdemokratie durchaus eine klare Stellungnahme zu den Problemen der außereuropäischen und der Kolonialpolitik. Es könnte scheinen, als ob, nachdem wir im Frieden von Versailles unsere Kolonien verloren haben, diese Frage nicht dringend sei. Aber je mehr unsere Außenpolitik sich wieder aktiviert, desto deutlicher zeigt es sich, daß das Bürgertum zu neuem Kolonialbesitz zum mindesten in der Form von Kolonialmandaten des Völkerbundes drängt. Und dabei hat sich ergeben, daß selbst in dieser elementarsten aller außenpolitischen Fragen, sogar in der Gegenwart, die deutlich das Ende des kolonialen Regimes anzeigt und die führenden Kolonialvölker mit schweren wirtschaftlichen und politischen Gefahren bedroht, keine Klarheit besteht. Sozialdemokratische Genossen haben ungehindert in der Öffentlichkeit für Kolonialmandate sich einsetzen können, und das Heidelberger Programm gab hier wie in allen internationalen Fragen keine praktisch verwertbaren Hinweise.

Die Folge dieser allgemeinen Passivität allen aktuellen internationalen Problemen gegenüber ist in den vergangenen Jahren nach dem Kriege gewesen, daß die Sozialdemokratie außenpolitisch durchaus im Schlepptau des Bürgertums blieb. Ja, man erklärte ganz offen, daß bürgerliche Politiker wie Erzberger, Rathenau und vor allem Stresemann, die Politik der Sozialdemokratie machten. Gleichwohl war bei diesen allen, insbesondere aber bei Stresemann, der bürgerliche, ja imperialistische Charakter ihrer Politik durchaus unverkennbar. Die Verständigung mit Frankreich war für Stresemann nicht Voraussetzung für eine friedliche Ordnung Europas, sondern für die „freie Hand“ gegen Polen und in allen Ostfragen, sowie für die Wiederezulassung Deutschlands beim Wettbewerb der imperia-

listischen Weltmächte. Daß die Sozialdemokratie ohne eigenes festumrissenes Ziel im Fahrwasser dieses „vernünftigen Imperialismus“ schwamm, hatte mehrere sehr verhängnisvolle Folgen:

1. wurde dadurch die grundsätzliche Aufklärung der Arbeiterschaft gehindert, außenpolitische Unklarheit und Verwirrung gefördert;
2. blieb die Haltung zum Völkerbund eine wenig präzise. So sehr es notwendig war, die Bedeutung einer internationalen Organisation zu betonen und ihre Zerschlagung sowie die Sabotage gegen sie zu hindern, so unerläßlich war es, jede Illusion darüber zu zerstören, daß diese Organisation als Zentralgremium kapitalistischer souveräner Staaten ihre Aufgabe nicht erfüllen kann, daß weder Briand noch Henderson oder Mac Donald an dieser wesentlichen Unfähigkeit des Völkerbundes etwas ändern können, und daß er deswegen heute und in seiner gegenwärtigen Gestalt praktische Bedeutung vor allem hat als Tribüne, von der aus und vor der man die Forderungen an die internationale Öffentlichkeit stellen kann, deren Verwirklichung das gegenwärtige System verbietet;
3. verursachte die Unklarheit in der grundsätzlichen Frage der nationalen Souveränität, die mangelnde Erkenntnis, daß keine einzige aktuelle Frage von diesem Boden aus gelöst werden kann, eine gleiche Unsicherheit in der Wehrfrage. Gerade diese Unsicherheit hat die sozialdemokratische Haltung in der Außenpolitik schwer beeinflußt. Es tritt heute immer unmißverständlich zutage, daß jeder außenpolitische Fortschritt, wie jede wirtschaftliche Verständigung mit dem Auslande unmöglich ist, solange Deutschland seinen Aufrüstungswillen weiter zeigt. Die Panzerkreuzerbauten haben dadurch eine entscheidende Bedeutung, eine höchst verhängnisvolle Bedeutung für das Schicksal Deutschlands erhalten. Sie haben den Weg zu einer wirtschaftlichen Verständigung, zu Auslandskrediten, zu einer Erleichterung der Krise versperrt. Und das Versagen der Sozialdemokratie in diesem Punkte wird vielleicht als schwerster politischer Fehler der vergangenen Epoche zu werten sein. Davon ist beim Wehrprogramm noch ausführlicher zu handeln.

Die fehlende außenpolitische Aktivität der deutschen Sozialdemokratie ist selbstverständlich zurückzuführen auf eine tiefgehende Gegen-

sätzlichkeit der politischen Überzeugung. Von ausgesprochenen wehrfreudigen Nationalismus bis zum Pazifismus der Kriegsdienstverweigerer und zu marxistisch internationaler Einstellung, welche nur die proletarische Internationale als Vaterland anerkennt, finden wir alle Nuancen außenpolitischer Einstellung innerhalb der Sozialdemokratie vertreten. Um so dringender war die Aufgabe, ein Programm zu schaffen, das eine verpflichtende Linie außenpolitischer Haltung festlegte. Hatte schon das Erfurter Programm diese Aufgabe nicht gelöst, so bleibt das Heidelberger Programm hinter ihr noch bedeutend weiter zurück. Die grundsätzlichen Feststellungen des Erfurter Programms über die in wachsendem Maße gleichartigen Interessen der Arbeiterschaft bleiben fort. Das Bekenntnis zur Solidarität der Arbeiter*) wird nicht als gesellschaftlich gegebene Notwendigkeit, sondern als „Pflicht“ formuliert, bleibt dadurch weit weniger zwingend. Und das ergänzende zur solidarischen Zusammenarbeit der Nationen ist in dieser Form eine reine Utopie, weil der Hinweis fehlt, daß erst die Beseitigung des Kapitalismus und die Aufhebung der Klassengesellschaft die steten Konflikte zwischen rivalisierenden souveränen Staaten aus der Welt schaffen kann; daß die Voraussetzung für die solidarische Zusammenarbeit der Nationen die solidarische und klassenlose Gesellschaft ist.

Es ist möglich, darauf hinzuweisen, daß alle diese Feststellungen sich aus den marxistischen Feststellungen des Programms, welche sich auf die wirtschaftliche Entwicklung beziehen, entwickeln lassen. Es ist gleicherweise klar, daß der Durchschnitt der Genossen sie nicht ohne weiteres herauslesen werden, und daß die Aufgabe eines Programms nicht dann erfüllt ist, wenn es Probleme stellt für marxistische Doktorarbeiten und Arbeitsgemeinschaften, sondern wenn es klare Richtlinien für gemeinsames Handeln aufstellt. Daß das Heidelberger Programm für die internationale Politik darauf radikal verzichtet hat und sich mit einwandfreien, wohlklingenden und sehr verschieden deutbaren Deklamationen begnügt, ist einer seiner schwerwiegendsten Fehler.

*) „Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.“

C. Zusammenfassung

Der grundsätzliche Teil des Heidelberger Programms stellt gegenüber dem mehrheitssozialistischen Görlitzer Programm eine entschiedene Rückkehr zu der Auffassung des Erfurter Programms dar. Die grundsätzliche Analyse der kapitalistischen Wirtschaft als Voraussetzung der sozialdemokratischen Haltung ist von dort übernommen. Das Bemühen, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung aufzuzeigen, ist beiden gemeinsam. Freilich findet man im Heidelberger Programm eine Abschwächung dieser grundsätzlichen Stellung. Wo das Erfurter Programm von Gesetzen der Entwicklung redet, setzt das Heidelberger gerne eine einfache Tatsachenfeststellung, läßt es also offen, ob nicht eine rückläufige Bewegung oder ein Stillstand vorausgesetzt werden könne. Trotz dieser Schwäche bedeutet die angewandte Methode der Gesellschaftsanalyse den großen Vorzug des Heidelberger Programms. Sie ermöglichte es, daß sich die gegensätzlichen Richtungen der deutschen Sozialdemokratie auf ihm vereinigten. Sie ergab die Grundlage, auf welcher sechs Jahre lang trotz wachsender Gegensätze und wachsenden Unbehagens über die sozialdemokratische Tagespolitik in immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft eine Zusammenarbeit möglich blieb. Auf dieser Grundlage war vor allem die Schulungsarbeit im Rahmen der Partei möglich.

Aber wenn hier das Erfurter Programm das Muster für das Heidelberger war und zum großen Teile einfach übernommen wurde, so erwuchs nach einem Menschenalter, und nach einem Menschenalter gewaltigster Zerstörung und Entwicklung die unabweisliche Aufgabe, die Erfurter Analyse fortzusetzen und aus der geänderten Lage die Folgerungen zu ziehen. Diese Forderungen erfüllt das Heidelberger Programm nur an zwei Stellen, dort, wo die Entwicklung des Monopolkapitalismus und des Finanzkapitals geschildert wird, und dort, wo es die Entstehung des Angestelltenproletariats erörtert. Das sind zweifellos zwei wichtige Erscheinungen, deren Hervorhebung im Bilde der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft unerlässlich ist. Aber sogar hier versäumt das Programm, seine Folgerungen aus diesen Erscheinungen zu ziehen.

Weit bedenklicher aber ist es, daß es an anderen wichtigen Punkten nicht nur beim Erfurter Programm stehen bleibt, sondern hinter dasselbe zurückgeht. Ich habe diese Punkte in der Einzelbetrachtung hervorgehoben. Es sind: 1. die Agrarfrage, 2. die Krisentheorie, 3. die Frage der Demokratie, 4. das Problem der Internationale und der sozialistischen Außenpolitik. Nur zu einer dieser Fragen

nimmt das Programm entschieden und klar Stellung, zur Frage der Demokratie. Aber diese Stellungnahme geht aus von einer ungenügenden und unklaren Begriffsbildung. Sie ist in ihren Voraussetzungen daher heute schon widerlegt, in ihren Folgerungen überholt. In allen anderen Fragen weicht das Programm aus und läßt einfach eine Lücke. Nun sind aber gerade diese Fragen die neuen und entscheidenden, vor welche die Arbeiterschaft sich gestellt sieht. Die Lücken des Heidelberger Programms mußten sich also verhängnisvoll auswirken und der Politik der Partei eine Unsicherheit und Inkonsequenz geben, welche Erfolge von vornherein unmöglich machte. Das Ausweichen mußte darüber hinaus unendliche Reibungsmöglichkeiten in der Partei selber schaffen. Die Parteileitung, welche sich außerstande fühlte, eine Erörterung dieser Streitfragen zu leiten und zu einem Ende zu führen, half sich durch Gewaltmaßnahmen gegen diejenigen der Parteigenossen, welche mit der inkonsequenten, schwankenden und ziellosen Parteipolitik nicht einverstanden waren. Und so hat das Ausweichen des Heidelberger Programms und das theoretische wie praktische Versagen der offiziellen Parteinstanzen vor den programmatisch nicht gelösten Problemen schließlich die Parteispaltung herbeigeführt.

Es wird daher für die Sozialistische Arbeiterpartei eine Existenzfrage sein, daß sie gerade diesen Problemen gegenüber eine theoretisch klare und gleichzeitig auf die Tagespraxis orientierte Stellung einnimmt.

D. Die neuen Aufgaben

I. Agrarprogramm

Das Erfurter Programm stellte die Agrarfrage mit der industriellen Frage gleich. Es sah hier wie dort die gleiche Entwicklung: die Zerstörung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb, die Vernichtung des selbständigen Produzenten und Umwandlung in einen unselbständigen Lohnarbeiter, die Maschinisierung und zugleich eine ungeheure Steigerung der Produktivität. Dadurch wurde auch die Haltung der Sozialdemokratie bestimmt: Unterstützung dieser Entwicklung, Konzentration der Arbeit auf den Landarbeiter, dessen Lage durch Organisation und sozialen wie gewerkschaftlichen Kampf zu heben ist. Beförderung des internationalen Agraraustausches, daher Kampf gegen jede Art agrarischer Zölle wie der industriellen, als Ziel Sozialisierung des Bodens und Verwandlung der agrarischen Großbetriebe in sozialistische Betriebe, welche durch und für die Gesellschaft produzieren, also Sowchosen und Kolchosen wie in Rußland.

Diese Auffassung wurde erschüttert durch die tatsächliche Entwicklung. In Deutschland entwickelte sich unter dem Schutze der Agrarzölle und inmitten einer wenig rationellen Weltproduktion, da die großen Agrargebiete teilweise zu den politisch und wirtschaftlich rückständigsten Ländern gehörten (Rußland, Südosteuropa), teilweise kaum gewonnenes Neuland mit wenig ergiebiger extensiver Wirtschaft waren (USA., Kanada, Argentinien), das kleine und mittlere Bauerntum, während der Großgrundbesitz, der ohnehin in den unfruchtbarsten und wenigst entwickelten Gebieten Deutschlands, im Osten, am stärksten war, zu stagnieren schien*).

Das löste in der Sozialdemokratie die Bewegung gegen die Feststellungen des Erfurter Programms aus. Man bezweifelte, daß die Marxsche Analyse der industriellen Entwicklungstendenzen auf die Landwirtschaft Anwendung finde, stellte eine Richtung auf Vermehrung des Kleinbesitzes fest, der rationeller und produktiver, weil intensiver als der Großbesitz arbeite. Man glaubte daher Siedlungspolitik, Schaffung von klein- und mittelbäuerlichen Stellen, Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens vertreten zu müssen. Der Gedanke, daß die Zerschlagung des ostelbischen Grundbesitzes den Osten politisch revolutionieren und

* In Deutschland sind in der Zeit zwischen 1907 und 1925 die kleinen und mittleren Betriebe von 5 Ar bis 20 Hektar Grundfläche an Zahl gewachsen von 3 291 163 auf 4 878 040, also um rund 43 %, an Fläche freilich nur von 13 618 000 auf 18 870 000, also um 1,13 %.

In der gleichen Zeit sanken die großbäuerlichen Betriebe zwischen 20 und 100 Hektar von 228 456 auf 119 825 und von 8091 Hektar benutzter Fläche 6769, während die Großbetriebe über 100 Hektar an Zahl von 18 933 auf 18 603, an Fläche von 5384 auf 5139 zurückgingen.

die landhungrigen Bauern für die Sozialdemokratie gewinnen müsse, sprach natürlich mit. Als Ergänzung forderte diese Bauern- und Siedlungspolitik Schutzzölle auf Agrarprodukte, um die Konkurrenz von Produkten abzuwehren, die unter günstigeren Klimaten oder billigeren Produktionsverhältnissen erzeugt waren, und eine Ergänzung dieser Schutzzölle durch staatliche Ein- und Ausfuhrmonopole.

Dies ganz vom Erfurter Programm abweichende System agrarischer Politik, das zu heftigsten Kämpfen und sogar zu Ausschüssen vor dem Kriege führte, und das vor allem von den Sozialistischen Monatsheften gestützt wurde, hat nach dem Kriege weitgehend die Politik der Partei bestimmt.

In Heidelberg war die Meinung für ein Agrarprogramm noch nicht reif. Man stellte einer noch nicht restlos konsolidierten Partei gegenüber diesen heiklen Punkt lieber zurück und nahm in das Programm nur ausweichende und nichtsbedeutende Wendungen auf. So wurde die Annahme des Agrarprogramms auf dem Kieler Parteitag 1927 allerdings gegen eine nicht unerhebliche Opposition vorbereitet.

Seitdem hat sich die agrarische Weltlage erheblich, um nicht zu sagen grundlegend verändert, und trotz der Schwankungen, welche durch künstliche Maßnahmen der Valorisierung und der Restriktion in der Produktion von Agrarprodukten hervorgerufen werden, zeichnen sich neue Entwicklungslinien schon deutlich ab*).

In den großen Agrargebieten der neuen Welt haben die Methoden wissenschaftlicher Züchtung, weitgehender Anbaunormalisierung und die Einführung arbeitssparender und arbeitbeschleunigender Maschinen zu einer ungeheuren Ausdehnung des Anbaus und entsprechender Steigerung der Produktion, in Verbindung damit zu einem beispiellosen Sturz der Preise für alle Agrarprodukte, vor allem aber für das Getreide geführt. Demgegenüber erweist sich das Dogma von der größeren Produktivität und Rentabilität des Kleinbetriebes als nicht mehr haltbar.

Es ist allerdings möglich, im Kleinbetrieb bei intensivster Bebauung und äußerster Ausnutzung der in der kleinbäuerlichen Familie sehr billigen Arbeitskräfte eine höhere Produktivität zu erreichen als im maschinellen Großbetrieb. Diese Produkte sind aber wegen der reichlich investierten menschlichen Arbeitskraft

*) Valorisieren nennt man das Zurückhalten erheblicher Mengen von Ernten, um durch Beschränkung des Angebots die Preise künstlich hochzuhalten. Man speichert entweder Teile der Ernte auf, ohne sie auf den Markt zu bringen, oder man vernichtet sie kurzerhand. Restriktion ist das planmäßige Einschränken des Anbaus zu demselben Zwecke. Man hat besonders in Amerika in diesem Jahre von beiden Mitteln ausgedehnten Gebrauch gemacht.

weit teurer, selbst bei höchster Ausbeutung und niedrigem Lebensstandard der Produzierenden. Marktfähig ist eine solche Produktion also nur dann, wenn sie durch Schutzzölle gegen die Konkurrenz des maschinellen Großbetriebes geschützt wird. Diese Schutzzölle aber steigern die Preise der Lebensmittel und damit die Kosten der Lebenshaltung. Sie verteuern also die menschliche Arbeitskraft über das Niveau des Weltmarktes hinaus, und mit ihr steigen die Produktionskosten und damit die Preise aller Waren und aller Dienstleistungen. Eine durch agrarische Schutzzölle geschützte Wirtschaft hört also auf, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, wenn es ihr nicht gelingt, die Löhne so stark zu drücken, daß dadurch die Preisdifferenz ausgeglichen und die Konkurrenzfähigkeit wieder hergestellt wird. Damit aber zerstört sie die Kaufkraft der Arbeiterschaft und also in einem stark industrialisierten Lande, in welchem die Lohn- und Gehaltsempfänger den größten Teil der Bevölkerung ausmachen, den Inlandmarkt. Sie erkaufte also die Lebensfähigkeit ihrer agrarischen Betriebe mit dem Ruin der übrigen Wirtschaft.

Das ist heute die Lage Deutschlands. Die Sozialdemokratie hat gegen diese Entwicklung nur sehr geringen Widerstand geleistet. So ist es möglich geworden, daß heute in Deutschland die Preise der Agrarprodukte doppelt und dreifach so hoch sind wie auf dem Weltmarkt, ohne daß die deutsche Landwirtschaft dadurch lebensfähig erhalten werden kann.

Freilich geht der deutsche Schutz Zoll zur Zeit mehr auf den Schutz der getreidebauenden Großbetriebe als auf den der bäuerlichen Betriebe, denen ihre Viehzucht durch die Verteuerung des Futtergetreides verteuert wird. Das kann dann auch der Schutz Zoll oder die völlige Einfuhrsperre für Obst, Eier, Gemüse, Milchprodukte, Vieh und Gefrierfleisch nicht wieder ausgleichen.

Es ist aber zum mindesten sehr die Frage, ob ein irgendwie gearteter Schutz Zoll auf die Dauer der Landwirtschaft soviel hilft wie er zweifellos die Industrie, vor allem aber die Arbeiterschaft schädigt, welche durch schlechtere Lebenshaltung oder geminderte Arbeitsmöglichkeit oder durch beides zusammen für den Schutz der Landwirtschaft zahlen muß.

Es ist nun zweifellos so, daß eine Einfuhr von Landwirtschaftsprodukten, welche auf günstigerem Boden oder unter günstigerem Klima als im eigenen Lande herrschen, erzeugt sind, eine Existenzbedrohung für die Landwirtschaft sein kann. In Deutschland, dessen Klima- und Bodenverhältnisse im Durchschnitt keine günstigen sind, kann diese Drohung besonders schwer werden. In gewissem Maße lassen sich solche ungünstigen Bedingungen ausgleichen I. durch wissenschaftliche Forschung über Produktions-

eignung bestimmter Gebiete, über Ausgleichsmöglichkeiten (Düngung, Züchtung geeigneter Pflanzen- und Tierarten usw.); 2. durch die intensive Bildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses; 3. durch Spezialisierung und Normalisierung der Produktion (Beschränkung auf die Herstellung bestimmter Produkte und ganz gleichmäßige Erzeugung bestimmter Massenartikel. Beispiele sind kalifornische Äpfel, niederländischer Blumenkohl, dänischer Schinkenspeck und Butter, Schweizer Käse usw.); 4. durch genossenschaftliche Regelung des Vertriebs unter Ausschaltung des verteuernenden Zwischenhandels und durch eine Reihe anderer Maßnahmen. In allen diesen Dingen ist Deutschland, wenn wir von wenigen beschränkten Gebieten absehen, sehr weit zurück und der Schutzzoll hindert, daß man hier die erforderlichen Anstrengungen macht.

Aber alle natürlichen Ungleichheiten lassen sich auf diese Weise nicht beseitigen. Und es wird mehr und mehr bei der Entwicklung der Weltproduktion dahin kommen, daß gewisse Produkte sich in Deutschland nicht rentabel produzieren lassen. Kann man den Boden alsdann nicht durch die Produktion anderer Erzeugnisse rentabel machen, so stehen wir innerhalb der kapitalistischen Produktion vor einer unlösbaren Aufgabe. Nicht so in einer internationalen sozialistischen Produktion. Hier kommt es ja nicht mehr darauf an, daß ein bestimmter Boden eine Grundrente abwirft, sondern darauf, daß nach einem allgemeinen Plane genügend Lebensmittel und Bedarfsmittel für die Menschen erzeugt werden. Geschieht das auf einem bestimmten Maß guten Bodens hinreichend, so wird man sinnvollerweise sich nicht mit den minderen Böden plagen, sondern diese anderen Bestimmungen als Weide, Wald, als Parks, Gärten, Erholungs- und Sportplätzen zuführen.

Für diese Regelung ist freilich die Voraussetzung eine internationale Planwirtschaft, eine gesellschaftliche Produktion für den Bedarf ohne Rücksicht auf Profit und Grundrente und ein gesellschaftliches Verfügungsrecht über Grund und Boden.

Von dem allen scheinen wir noch sehr weit entfernt zu sein. Aber wie so oft kann auch hier der Schein trügen. Die Entwicklung geht sehr schnell. Jedenfalls haben wir uns einer Voraussetzung sozialistischer Agrar-Wirtschaft in den letzten Jahren sehr schnell genähert: die Produktivität landwirtschaftlicher Arbeit ist in ungeahntem Maße gestiegen. Damit aber nähert sich sichtlich der Zeitpunkt, an welchem die private Wirtschaft mit dieser gesteigerten Produktivität nicht mehr fertig werden kann, die zu ihrem Ruin, statt zu ihrem Heile sich auswirkt. Die Produktionsverhältnisse werden damit zu Fesseln der Produktivkräfte, die zu

stark geworden sind und den Rahmen der privaten Wirtschaft sprengen. Damit aber ist dann in der Landwirtschaft die Situation der sozialen Revolution gegeben.

Wir haben also allen Anlaß, uns von einer Politik abzuwenden, welche die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft ordnen will. Es ergibt sich, daß eine Ordnung, die Dauer verspricht und sich nicht zum Schaden anderer Wirtschaftszweige auswirkt, auf dem Boden der Privatwirtschaft nicht möglich ist. Daß wir vielmehr ein Agrarprogramm aufzustellen haben, das bewußt über die Grenzen der heutigen Wirtschaft hinausgeht und schon für die Gegenwart und in der heutigen Wirtschaft alle Maßnahmen unterstützt, welche auf eine gesellschaftlich geleitete Agrarproduktion mit internationaler Planung und ungehemmtem Austausch der landwirtschaftlichen Produkte hinarbeitet. Dabei wird je nach der Art der Produktion eine verschiedenartige Organisation der Betriebe zweifellos sich notwendig erweisen. Nicht für jede Art der Produkte ist der Großbetrieb die günstigste Betriebsform. Gemüse- und Obstbau, sowie verschiedene Arten der Viehzucht scheinen in kleinen und mittleren Betrieben bei genossenschaftlicher Organisation die günstigsten Produktionsbedingungen zu finden. Dagegen ergibt sich für den Getreidebau wohl mehr und mehr der bedeutende Vorzug des rationalisierten und normalisierten Großbetriebes, wenigstens für eine absehbare Zukunft, in welcher der Menschheit hinreichende Getreideböden zur Verfügung stehen, so daß eine Überintensivierung des Ackerbaus mit unverhältnismäßig starker Verwendung menschlicher Arbeit, die bei Bodenknappheit unter Umständen notwendig sein würde, in der Weltwirtschaft überflüssig und unproduktive Arbeitsvergeudung ist.

Die Einzelheiten eines solchen Agrarprogramms sind in einer Sonderuntersuchung an Hand des sozialdemokratischen Programms zu besprechen. Sie liegen jenseits des Rahmens dieser Schrift. Hervorgehoben sei nur, daß seiner Verwirklichung innerhalb der heutigen Verhältnisse sich nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse entgegenstellen, sondern auch die ungewisse Unsicherheit der agrarischen Produktion. Diese wird nur teilweise bedingt durch die natürlichen Schwankungen zwischen günstigen und ungünstigen Erntejahren, weit mehr dadurch, daß diese Schwankungen in der Produktion, welche sich in einer Bedarfswirtschaft sehr wohl durch Lagerung und Konservierung

überschüssiger Erntemassen ausgleichen ließen, in der kapitalistischen Wirtschaft Anlaß zu den wildesten Spekulationen und im Anschluß daran zu willkürlichem Vernichten der Ernte oder zu sachlich nicht, sondern nur spekulativ begründetem Einschränken der Produktion geben. Auf keinem Gebiet wirkt sich das ausschließliche spekulative Profitinteresse der Kapitalisten so verhängnisvoll aus wie auf diesem. Die Massenvernichtung von Getreide, Baumwolle, Vieh, Kaffee usw., um die Preise zu steigern, während Millionen ihr Nahrungs- und Kleidungsbedürfnis nicht befriedigen können, wirkt selbst auf wirtschaftlich Unwissende und politisch Gleichgültige aufreizend und erbitternd.

Diese willkürlichen Manipulationen, welche das Gegenteil einer vernünftigen Planwirtschaft darstellen, schafft eine allgemeine Unsicherheit. Hinzu kommt die sehr schwer zu berechnende Wirkung, welche die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Technik und Betriebsform weiterhin auf den Agrarmarkt ausüben muß. Der größte Unsicherheitsfaktor ist hier Rußland. Als größtes geschlossenes Agrargebiet der Welt mit ungeheuren Entwicklungsmöglichkeiten hat es bereits auf dem Markte eine entscheidende Rolle gespielt und wird das in Zukunft zweifellos noch weit mehr tun. Wie rasch aber und mit welchen Schwankungen es wohl seine Produktion wie seinen Export wird steigern können, das hängt von so vielen ungewissen Faktoren, seiner wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ab, daß eine Voraussage unmöglich ist.

Nur das Schlußergebnis läßt sich mit Gewißheit vorherbestimmen, nämlich daß die Erschließung ungeheurer agrarischer Gebiete in Rußland, Nord- und Südamerika, Australien für wissenschaftlich betriebene Großproduktion aller landwirtschaftlichen Massenartikel die volle Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse auf internationaler Grundlage in ungeahntem Maße ermöglichen wird, wobei wir ohne weiteres die Voraussetzung machen können, daß infolge der Befreiungsbewegungen von Arbeitern und armen Bauern in der ganzen Welt auch der Bedarf sich ungeheuer steigern wird. Diese Entwicklung wird einerseits das System der agrarischen Schutzzölle unerträglich machen, andererseits eine Spezialisierung der einzelnen Erdgebiete auf die gerade in ihnen günstigsten Produktionszweige, welche sich nur durchführen läßt bei: 1. internationaler Planung; 2. genossenschaftlicher Produktion; 3. staatlichem Ausgleich, um ungünstigere Böden und Klimate produktiv zu erhalten, soweit es das Interesse der Gesellschaft erfordert, infolgedessen auch 4. gesellschaftliche Regelung des Vertriebes. Alles das ist ebenso unvermeidlich, wie es bei privatem Besitz von Grund und Boden und

individueller, kapitalistischer Regelung der Produktion unmöglich ist. Die objektive Situation der sozialen Revolution ist also gerade bei der Agrarkrise scharf und unmittelbar gegeben. Ihr entspricht aber nicht die Bewußtseinsreife der landwirtschaftlichen Produzenten. Nicht nur der Großgrundbesitzer und Großbauer widerstrebt jeder sozialistischen Regelung, sondern auch der mittlere und Kleinbauer ist von einem solchen Gedanken himmelweit entfernt. Er glaubt im „Schutz der nationalen Arbeit“, also in stets erhöhten Zollschränken die Rettung aus der Krise zu finden. Erst das heute schon deutlich sichtbare Versagen dieser Politik kann ihn für andere Lösungsversuche umstimmen. Wenn aber dieser Umschwung eintritt, und er wird unvermeidbar sein, dann bedarf die Arbeiterschaft einer klaren Theorie, auf welche sie ebenso klare praktische Forderungen gründen kann.

Eine Vergleichung des Agrarprogramms der deutschen Sozialdemokratie mit dem Linzer Programm der österreichischen Bruderpartei würde zeigen, welche verschiedenen Lösungsversuche die verschiedene theoretische Einstellung zeitigt, zugleich aber auch, welche Schwierigkeiten sich für die deutsche Sozialdemokratie aus der theoretischen Unbestimmtheit des Heidelberger Programms in diesem Punkte ergeben haben.

II. Die Prosperitätstheorie und die Krise des Kapitalismus

Die politische Epoche, an deren Ende wir heute stehen, wird wirtschaftstheoretisch beherrscht von der Theorie der kapitalistischen Prosperität, das heißt von der Auffassung, daß in der Periode des vollentwickelten Kapitalismus es möglich sei, die Krisen, welche jeder kapitalistischen Konjunktur folgen, in ihrer Aufeinanderfolge zu verlangsamen, in ihrer Schwere herabzumindern und in ihrer Dauer zu verkürzen. Man sah die Möglichkeit dazu einerseits gegeben in der weitgehenden Ausschaltung der freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole und andererseits durch die steigende Beteiligung der Arbeiter an dem sozialen Produkte. Wie man überhaupt in Amerika die vollkommenste Form kapitalistischer organisierter Produktion bewunderte, so fand man in Ford das Musterbeispiel eines sozialen Kapitalisten. Sein Entlohnungs- und Prämiensystem wurde bewundert als Vorbild für die Beteiligung der Arbeiterschaft am steigenden Ertrag der Produktion, durch das es gelinge, die Unterkonsumtion, diese bis dahin mit dem Kapitalismus dauernd verbundene Erscheinung der falschen Ertragsverteilung zu überwinden. Für die deutsche Sozialdemokratie ergab sich damit die Aufgabe, das, was in Amerika der Verstand der Kapitalisten anscheinend selbsttätig ge-

funden, durch die politische Macht der Arbeiterschaft zu erreichen. Der politische Lohn, das heißt ein Lohn, der nicht im wirtschaftlichen Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter zustande gekommen, sondern auf den der Staat regelnden Einfluß genommen unter dem Druck der sozialistischen Parteien, sollte dieser gerechten Verteilung dienen. Die Sozialversicherung als zweites Glied dieser Politik der Verteilungssicherung war bestimmt, einen weiteren Teil des Arbeitsertrages gleichmäßig größten Massen zuzuführen. Als letztes Glied dieser Kette erschien die Sozialpolitik der öffentlichen Hand, von Reich, Ländern und Gemeinden. Man glaubte durch Einflußnahme auf diese beiden Sektoren der Wirtschaftsverteilung und dem von der Verteilung abhängigen Konsum eine dauernde stabile Nachfrage schaffen zu können, welche der Wirtschaft den Absatz ihrer durch die Rationalisierung gesteigerten Produktion sicherte. Die Organisation dieser Produktion selbst meinte man beim Kapital in guten Händen. Diesem blieb die Kreditleitung, der Aufbau des Produktionsapparates, die Produktionsplanung, die Verteilung der Produktionsquote überlassen. Nur allmählich, aber um so sicherer meinte man durch den Aufbau von Betrieben der öffentlichen Hand sowie von genossenschaftlich organisierten Betrieben auch in diesem Sektor sozialistische, das heißt gemeinwirtschaftliche Elemente einbauen zu können.

Diese ganze Theorie war zwar im Görlitzer Programm (1922) schon sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, hatte sich aber in der Partei noch keineswegs voll durchgesetzt, als das Heidelberger Programm (1925) angenommen wurde. Dieses ist in seinem grundsätzlichen Teil deswegen zu dieser Frage ebenso schweigsam wie zur Frage der Agrarwirtschaft. Was es als wesentliche Punkte hervorhebt für die kapitalistische Wirtschaft ist: 1. die Tendenz zum Lohndruck, welche den Gegendruck der Arbeiterschaft hervorruft, 2. die Tendenz zur kapitalistischen Konzentration im Finanzkapital, welche durch die politische Pressure, die sie ausübt, die Gegenwirkung der Arbeiterschaft im Staate fordert, 3. die imperialistischen Tendenzen mit ihren Kriegsdrohungen. Daß „kapitalistische Anarchie Krisen gebiert, wird festgestellt, aber es veriautet nichts darüber, ob und wie weit ein „organisierter Kapitalismus“ Anarchie und Krisengefahr beseitigen könne.

An diesem Punkte abersetzt dann die politische Entwicklung der Partei ein, die also ebenso wie in der Agrarfrage nicht durch eine positive Haltung des Programms, sondern durch das völlige Fehlen eines solchen ermöglicht wurde. Und hier steht demnach eine Hauptaufgabe für ein neues Programm.

Das erste Buch der Marxistischen Büchergemeinde*) ist ganz und gar der Untersuchung über die Ursachen und den Charakter der heutigen Krise gewidmet. Es ist weder Raum noch Anlaß, an dieser Stelle diese Untersuchungen zu wiederholen. Es genügt auch durchaus, das Ergebnis festzustellen, das nicht nur diese Untersuchung, sondern jede Betrachtung dieser Krise gibt: die teilweise Ausschaltung der freien Konkurrenz, die den heutigen Spätkapitalismus kennzeichnet, beseitigt nicht die kapitalistische Anarchie, macht vielmehr ihre Wirkungen um so verheerender, je mehr die natürlichen Wirkungen kapitalistischer Überproduktion, Preissturz und Kapitalvernichtung, künstlich ausgeschaltet werden oder ihr Eintreten verzögert wird. Teilorganisation erweist sich also als krisenverschleppend, aber zugleich als krisenverschärfend. Nur eine vollkommen planwirtschaftlich durchorganisierte Wirtschaft, in welcher Produktion, Verteilung und Konsum völlig auf einander abgestimmt wären, würde Krisen ausschalten können. Eine solche Wirtschaft aber ist keine kapitalistische mehr. Sie setzt Maßnahmen voraus, die nur auf dem Boden internationaler wirtschaftlicher Organisation und nicht mehr durch private Verständigung auch der größten Wirtschaftskonzerne erreichbar und vollziehbar sind. Im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft aber ist ein Zurück zur freien Konkurrenz heute undenkbarer als je. Wir können daher nicht einmal den Zustand der früheren kapitalistischen Epochen erreichen, sondern müssen damit rechnen, daß die Krisen ihren geänderten schweren Dauercharakter behalten und steigern werden. Der Kapitalismus ist, um das vielgebrauchte und mißbrauchte Bild zu verwenden, eine Krankheit am Wirtschaftskörper geworden, die in ein neues schweres Stadium getreten ist. Die Krankheitssymptome erfordern daher eine neue und eingreifendere Behandlung.

Ganz abwegig und vollkommen müßig ist in dieser Situation die Frage, ob es sich um „die Krise“ oder um „eine Krise des Kapitalismus“ handle, ob in der gegenwärtigen Krise bereits der Zusammenbruch des Kapitalismus sich vollziehe, oder ob noch mit einer möglichen neuen Konjunktur zu rechnen sei. So einfach vollziehen sich gesellschaftliche Entwicklungen nicht. Und diese Frage ist nicht eine rein wirtschaftliche, sondern eine umfassende gesellschaftliche Frage.

Man bekämpft schon seit langem die Krise nicht mehr mit wirtschaftlichen, sondern mit politischen Maßnahmen. Die staatlichen Eingriffe in die Kreditgebarung, in den Produktionsablauf, die Verteilung und den Konsum sind die mannigfaltigsten.

*) „Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse“, Verlag der Freien Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Kreditgarantien, Subventionen, Devisenordnung, Zollpolitik und Tarifpolitik durch die amtlichen Schiedssprüche greifen auf tiefste in den Ablauf der Dinge ein, und zwar durchweg in der Richtung einer künstlichen Stützung der privaten Wirtschaft, der man öffentliche Mittel zuführt, ohne eine Kontrolle auch nur im entferntesten anzustreben. So ist es möglich, daß die Wirtschaft immer wieder durch diese künstlichen Stützungen angekurbelt wird, bis der Punkt erreicht ist, wo auch die staatlichen Mittel versagen und der staatliche Bankrott die private Wirtschaft in eine gemeinsame Katastrophe mit hineinreißt. Aber auch in einem solchen Moment ist die objektiv gegebene Situation einer sozialen Revolution nur zu verwirklichen, wenn die ideologischen Voraussetzungen dafür vorhanden sind, das heißt, wenn die breiten Massen der Arbeiter- und Angestelltenschaft bereit und fähig sind zur politischen Machtergreifung und zu ihrer Ausnutzung, um die Kontrolle über die Produktion zu gewinnen und diese umzustellen auf gesellschaftliche Planung und Bedarfsdeckung.

Dazu fehlt noch so gut wie alles. Die wirtschaftliche Krise ist politisch nicht dem Sozialismus, sondern der nationalsozialistischen Reaktion zugute gekommen, und deren Kraft ist heute so groß, daß sie jeden Schritt auf den Sozialismus zu verhindern kann und die Macht des Staates restlos in den Dienst einer Stützung des zusammenbrechenden Kapitalismus einzustellen vermag. Alle vom Staat aus in der nächsten Zeit zu erwartenden Maßnahmen werden dieser Stützung dienen und werden, abgesehen von den wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen, dahin zielen, die vorhandenen Organisationen der Arbeiterschaft entweder zu zerschlagen oder widerstandsunfähig zu machen. Nicht nur eine Möglichkeit, sondern die höchste Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß auf Grund solcher staatlichen Hilfsaktionen der Kapitalismus imstande sein wird, sich auf der Basis einer geschrumpften Produktion und unter Aufopferung seiner schwächeren Glieder vorübergehend und gestützt auf die Sturmtruppe eines offenen (Deutschland) oder versteckten (England) Faschismus für eine Zeitlang zu stabilisieren. Es ist allerdings wahrscheinlich, wenn nicht sicher, daß eine erhebliche Reservearmee von Erwerbslosen auch dann bestehen bleibt und lohndrückend wirkt, daß die Kaufkraft der Massen sich also nicht so erholt, wie es zur Wiederherstellung einer vollen Konjunktur notwendig wäre, daß also schon nach kurzer Zeit und mit wachsender Schärfe die Krisensituation sich wiederholt. Mit andern Worten: Wir stehen aller Wahrscheinlichkeit nach vor einer Epoche, in welcher die Wirtschaft bei anhaltend sinkender Prosperität gesteigerte Krisenneigung auf-

weisen wird, in welcher das Krankheitsbild der Wirtschaft steigende und schnell aufeinanderfolgende Fieberkurven der Krise aufweisen wird, während die Normaltemperatur einer vollen Konjunktur nicht mehr erreicht wird.

Aber theoretisch besteht durchaus die Möglichkeit, daß diese Entwicklung wenigstens in Europa bei wachsender Schwäche der Arbeiterschaft zu wirtschaftlichen Rückbildungen, wirtschaftlicher Schrumpfung und Versumpfung führt, und daß das Schwergewicht wirtschaftlichen Geschehens aus Europa nach anderen Erdgebieten sich verlagert, während in Europa Stagnation eintritt, mit ihren Wirkungen dauernden Elends, Bevölkerungsrückgangs und kulturellen Zerfalls.

Die Vermeidung dieser Rückbildung hängt durchaus von der Möglichkeit ab, die Arbeiterschaft organisatorisch zusammenzuhalten und ihren Willen zur Machtgewinnung und Überwindung des Kapitalismus zu mobilisieren.

In der vergangenen Epoche ist das versäumt worden auf Grund der falschen Orientierung, welche eine dauernde Prosperität des Kapitalismus voraussetzte und in ihr ein langsames Hineinwachsen in den Sozialismus. Ein solches hätte vom Proletariat allerdings Kampfbereitschaft verlangt, aber nur Kampfbereitschaft für Einzelziele, welche sofortige, unmittelbar greifbare Vorteile auch für den einzelnen Proletarier mit sich brachten: Lohnerhöhung, gebesserte Versicherung, Ausbau sozialer Einrichtungen. Das individuelle Interesse wurde gleichgesetzt mit dem allgemeinen und an die Opferbereitschaft und den Weitblick des Proletariats nicht die mindesten Anforderungen gestellt. Das hat sich gründlich geändert. Die Aussicht ohne eine Zwischenperiode schwerer Opfer, Entbehrungen und Kämpfe „an Freundes Hand vergnügt und froh ins bessere Land“ des Sozialismus einzuziehen, müssen wir endgültig begraben. Wir haben die Pflicht dem Proletariat zu sagen, daß es unvermeidlich in eine Periode der Not und Entbehrung hineinwandert, und daß die Wahl nur steht zwischen passivem Erdulden einer steigenden Verelendung und opfervollem Kampfe um eine bessere Zukunft. Wir werden uns gewöhnen müssen statt der abschreckenden Elendsbilder aus Sowjetrußland mit dem Motto: „Wieviel besser hat es doch der Arbeiter im europäischen Kapitalismus“ dem deutschen Proletarier zu sagen: „Soviel vermag das Proletariat zu ertragen, wenn es um seine Zukunft kämpft.“

Daher brauchen wir ein Programm, daß diese Zusammenhänge aufzeigt: den Niedergang der Wirtschaft unter den zu eng gewordenen Fes-

sein der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die steigende Schwere der Krisen, die drohende Versumpfung und die Bedingung, unter welcher ein Umschwung erreicht werden kann und die objektiv revolutionäre Lage zu einer revolutionären Realität gesteigert werden kann: die Schaffung eines kampfbereiten und kampffähigen Proletariats.

Das bedeutet keineswegs ein Verzicht auf Einzelmaßnahmen, keinen Verzicht also auf Aktionsprogramme, welche auf die Gegenwart gerichtet sind, aber allerdings die Erkenntnis, daß jede derartige Einzelmaßnahme, mag es sich um Lohnsteigerung, Versicherung, Sozialpolitik handeln, oder um Kreditkontrolle und Leitung, um Produktionsplanung, um geregelte Verteilung, konsequent durchgeführt zur Sprengung der kapitalistischen Wirtschaft führt. Mit anderen Worten, daß der Sozialismus auch dann, wenn er sogenannte reformistische Maßnahmen vertritt, nicht als „Arzt des Kapitalismus“ fungiert, sondern als ein Arzt, der durch seine Maßnahmen die Krise der Krankheit, an welcher die Wirtschaft leidet, die Krise des Kapitalismus beschleunigt und verschärft, um den Heilungsprozeß schneller und vor der tödlichen Schwächung des Patienten durch den Krankheitsprozeß einzuleiten. Es würde verhängnisvoll sein, wenn wir vorübergehende Besserung als eine Aufforderung nehmen würden, uns nun erneut auf einen Dauerzustand einzurichten, während in Wahrheit der Fortschritt der wirtschaftlichen Revolution sich beschleunigen und uns nicht mehr die mindeste Zeit zum Abwarten gönnen wird.

Diese Sachlage und die daraus sich ergebenden Forderungen zu einem klaren Ausdruck zu bringen, wird eine Hauptaufgabe des neuen Programms sein müssen, wobei freilich nicht der Glaube geweckt werden darf, als gebe es ein Generalrezept politischen Verhaltens, das für jede Situation anwendbar sei. Unsere Aktion muß notwendig abhängen von der jeweiligen Stärke beider Fronten im Klassenkampf. Schwäche der proletarischen Front bedeutet Stärke der kapitalistischen und umgekehrt. Die politische Schwäche der Arbeiterschaft wiegt heute die wirtschaftliche Schwäche der kapitalistischen Front auf und macht uns unfähig, die gegebene Lage auszunützen. Es wird von unserer Arbeit abhängen, wie weit in Zukunft diese Situation in ihr Gegenteil verkehrt werden kann, wie bald also die objektive

Situation mit der willens- und erkenntnismäßigen Bereitschaft des Proletariats zusammenfallen wird. Erst dann wird man davon reden dürfen, daß die kapitalistische Krise zur Krise des Kapitalismus umschlage, daß der latente Widerstreit zwischen Produktionskräften und Produktionsverhältnissen die soziale Revolution heraufführe.

III. Die politische Demokratie

Während wir in der Agrarfrage und Krisenfrage ein Ausweichen des Heidelberger Programms feststellen mußten, das Lücken schuf, in denen eine opportunistische Tagespolitik Raum zur Entfaltung fand, welche ohne Rücksicht auf die Gesamtentwicklung von Augenblick zu Augenblick eine Flickwerkpolitik betrieb, steht es in der Frage der politischen Demokratie umgekehrt. Hier liegt der Mangel des Programms nicht in einem Zuwenig, sondern Zuviel, nicht im Fehlen richtunggebender Grundsätze, sondern darin, daß die grundsätzliche Richtungsangabe erfolgt auf Grund einer falschen Tatsachendeutung. Das hat womöglich noch mehr und größere Verwirrung angerichtet als die vorher besprochenen Lücken des Programms.

Das Heidelberger Programm setzt voraus, daß in Deutschland der Kampfboden der Demokratie vom Proletariat bereits erobert sei durch die Schaffung der deutschen Republik, und daß es sich politisch nur handle um die Erhaltung und den Ausbau einer vorhandenen Demokratie. Ich habe oben in der Kritik des Programms gezeigt, daß das ein Irrtum ist, daß wir jederzeit in einer kapitalistischen Gesellschaft nur demokratische Ansätze haben, daß aber in der deutschen Republik diese Ansätze von Anfang an sehr schwach waren gegenüber den realen Machtfaktoren, welche antidemokratisch wirkten, und daß die Entwicklung des letzten Jahres von allen diesen Ansätzen in der Wirklichkeit (nicht auf dem Papiere) nichts anderes übrig gelassen habe als das Koalitionsrecht und Reste einer sehr bedrohten Presse- und Agitationsfreiheit.

Dieser Widerspruch der sozialdemokratischen Theorie mit der Wirklichkeit, der daraus erwachsende Widerspruch zwischen der Täuschung, man lebe unter einer Demokratie, und der dauernd empfundenen antidemokratischen Vergewaltigung hat eine sehr verhängnisvolle Verworrenheit im Proletariat hervorgerufen.

Die auch in der Sozialdemokratie sehr verbreitete, wenngleich offiziell nicht zugelassene antidemokratische Auffassung folgert so: „Das wesentliche Kennzeichen der Demokratie ist das Parlament als Träger der Gesetzgebung und der Verwaltungskontrolle.“

Dieser Parlamentarismus hat sich nicht nur in Deutschland, sondern überall im Gebiete des europäisch-amerikanischen Kapitalismus als Stütze der bestehenden Gesellschaft erwiesen. Als sozialistischer Faktor hat er überall versagt. Wir haben nirgend sozialistische Parlamentsmehrheiten erzielt. Wo starke Minderheiten vorhanden waren und die Regierung entweder in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien ging (Deutschland) oder sich von bürgerlichen Parteien bei der Regierungsübernahme abhängig machte (England), hat das nirgends zu sozialistischen Fortschritten, sondern ganz regelmäßig zu einer Schwächung und Diskreditierung des Sozialismus geführt. Es ist weder gelungen, eine sozialistische Gesetzgebung durchzuführen, noch die Verwaltung umzustellen, noch die Wehrmacht zu beeinflussen. Alle diese Mächte haben trotz der parlamentarischen Arbeit gegen die Arbeiterschaft gearbeitet. Der Parlamentarismus arbeitet daher gegen das Proletariat, und die parlamentarische Demokratie erweist sich als Mittel der kapitalistischen Diktatur über das Proletariat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, sie zu ersetzen durch die proletarische Diktatur nach dem Muster Rußlands, also an Stelle des Parlaments das Rätssystem, an Stelle der demokratischen Pressefreiheit die proletarische Zensur, an Stelle der Koalitionsfreiheit das ausschließliche Koalitionsrecht proletarischer Organisationen."

Dieser ganze Gedankengang geht von zwei Fehlschlüssen aus: Erstens, daß der in parlamentarisch geleiteten Republiken kapitalistischer Länder bestehende Zustand eine Demokratie sei; zweitens, daß die Schwäche des Proletariats in solchen parlamentarischen Staaten durch die demokratischen Einrichtungen verursacht werde und mit ihnen verschwinden müsse, daß also mit der Beseitigung der sogenannten parlamentarischen Demokratie die proletarische Diktatur ihrer Verwirklichung näher sei.

Anlaß zu diesen Fehlschlüssen gibt das Beispiel Rußlands, wo in der Tat die parlamentarische Demokratie beseitigt wurde, um einer bestimmten Form proletarischer Diktatur Platz zu machen. Diese Form erscheint nun als das nachzuahmende Musterbild aller proletarischen Diktaturen.

Darauf ist festzustellen: Sowenig wie es ein Generalrezept gibt für den Eintritt der Krise des Kapitalismus und für die Revolution, so wenig gibt es ein Generalrezept für die Verwirklichung der proletarischen Diktatur. Was wir mit Sicherheit wissen können ist nur dies eine, daß diese Formen wechseln müssen, je nach der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, welche von der Revo-

lution ergriffen wird, und weiter, daß dementsprechend die russischen Formen für eine europäische Gesellschaft nicht anwendbar sind.

Die russische Revolution stieß auf eine Gesellschaft, in welcher das industrielle Proletariat einen sehr geringen Prozentsatz der Bevölkerung umfaßte. Noch geringer war der Prozentsatz der geschulten und politisch aktiven Proletarier. Die Bourgeoisie war sehr schwach entwickelt, bildete dafür, entsprechend dem kapitalistischen Frühzustand, in dem sich Rußland befand, eine sehr kompakte, in sich wenig differenzierte und noch nicht der Zersetzung ausgelieferte Masse. Die große Menge des Volkes aber bestand aus der Bauernschaft, welche völlig ungeschult, über ein ungeheures Gebiet mit geringen Verkehrsmöglichkeiten verstreut, unter sich kulturell und sprachlich weit geschieden, weder zu nationalem noch zu Klassenbewußtsein geweckt, nur Objekt, nicht Träger einer politischen oder gesellschaftlichen Bewegung sein konnte. In einer solchen Gesellschaft, die darüber hinaus seit Jahrhunderten gewöhnt war an die autokratischen Verwaltungsmethoden der zaristischen Bürokratie, war ein durchaus autokratisches System, das die Selbstverwaltung nur unter schärfster Kontrolle einer zentralistischen Bürokratie zuließ, etwas Gewohntes, das daher nur auf geringen Widerstand stoßen konnte. Die bürokratisch-zentralistischen Methoden der Bolschewiki waren also durchführbar. Demokratische Methoden aber, welche eine Selbstverwaltung der Majorität durchführen, waren nicht durchführbar, weil proletarische Massen, die ihre Träger sein konnten, fehlten. Wir können von uns aus nicht übersehen, wie weit es der zentralistischen Leitung in Rußland gelingt, die Massen der Bauern und Arbeiter so zu schulen, daß sie für die Zukunft als Träger einer solchen Selbstverwaltung in Frage kommen. Daß die Entwicklung in Rußland diesen Weg zu einer demokratischen Selbstverwaltung gehen muß, ist sicher, auf welchen Umwegen und unter welchen Hemmungen sie dies Ziel erreichen wird, läßt sich indes sehr schwer voraussagen.

In Europa liegen die Dinge grundlegend anders. Eine Jahrhunderte alte kapitalistische Entwicklung hat in allen Industrieländern ein gewerbliches und kommerzielles Proletariat geschaffen, das eine erhebliche Majorität der Bevölkerung bildet. Die parallel laufende politische Entwicklung hat politische Schulung, politisches Interesse, politische Aktivität (mag sie auch noch so törichter Art sein) in der ganzen Bevölkerung geschaffen. Ein Volk, bei dem 90 und mehr Prozent der Wahlberechtigten sich an den Wahlen beteiligen, ist nicht mehr in eine völlige politische Passivität zurückzudrängen. Das sehr starke Bürger-

tum, durch Jahrhunderte an die wirtschaftliche Herrschaft gewöhnt, selbst in Deutschland seit Jahrzehnten gesellschaftlich herrschend und am politischen Einfluß wenigstens teilhabend, wird jetzt durch die Entwicklung zersetzt, wirtschaftlich proletarisiert, ideologisch völlig entwurzelt, zugleich aber zu einer gefühlsmäßig bestimmten Aktivität aufgepeitscht. Ganz Ähnliches gilt von der Bauernschaft.

In einer solchen Gesellschaft, in welcher darüber hinaus alle Mittel des Verkehrs aufs höchste ausgebildet sind, so daß eine wirksame Kontrolle des Meinungs-austausches auch von der ausgebildetsten Polizeimacht nicht durchzuführen ist, sind die Formen der russischen Diktatur des Proletariats nicht anwendbar. Sie sind darüber hinaus auch durchaus nicht notwendig.

Wir haben heute eine ausgesprochene bürgerliche Diktatur über das Proletariat, welche sich zum Teil in demokratischen Formen auswirken kann, weil die wirtschaftliche Herrschaft der Bourgeoisie und die politische durch die Novemberrevolution nicht unterbrochene Überlieferung der Bourgeoisie die Kontrolle über die wichtigsten Machtfaktoren und Propagandamittel gibt: über Verwaltung, Justiz, Polizei und Wehrmacht auf der einen, über Presse, Literatur, Kunst, Wissenschaft und Erziehung auf der anderen Seite.

Je mehr eine freie, von der kapitalistischen Wirtschaft nicht beeinflußte, je mehr eine demokratische Verwendung dieser Macht- und Propagandamittel sich durchsetzt, desto sicherer muß das Proletariat zum Klassenbewußtsein, der proletarische Mittelstand zur Loslösung von der bürgerlichen Ideologie kommen, desto sicherer also muß die Majorität sich gegen den Kapitalismus wenden. Mit anderen Worten: in einer Gesellschaft, wie die europäischen Industrieländer, wie auch Deutschland sie aufweist, sind, im Gegensatz zu Rußland, die Mittel der Demokratie: Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit, Wahlfreiheit aus Mitteln der bürgerlichen Diktatur in solche der proletarischen Revolution umzuwandeln. Das ist möglich auf Grund der fortschreitenden Organisation des Proletariats. Und nur auf diesem Wege läßt sich die Machtergreifung des Proletariats vorbereiten.

Wer glaubt, dieser Weg sei nicht gangbar, dem bleibt nur der Weg der Verschwörung und des Putsches, das heißt, er fällt von marxistischer Auffassung zurück in primitiv utopische.

Allerdings ist es ein Irrtum, zu glauben, demokratische Mittel zur Revolutionierung der Massen anzuwenden, heiße die Gewalt ausschalten. Ob und wie weit sich die soziale Revolution gewaltlos verwirklichen läßt, hängt sowohl von der Kraft der Bourgeoisie wie von der des organisierten Proletariats ab. Je

stärker die erstere, je schwächer das zweite, desto blutiger und gewaltsamer wird der Kampf sein. Wir können die Gewalt nicht grundsätzlich ausschalten, weil das nicht von unserm Willen abhängt. Je stärker wir aber sind, desto geringer wird ihr Anteil an der Revolution, desto friedlicher wird die Entwicklung sein. Nicht das aufsteigende, seine und der Menschheit Befreiung anstrebende Proletariat hat Vorteil von Gewaltanwendung zu erwarten, sondern nur die sinkende, um ihre Herrscherstellung kämpfende Bourgeoisie. Das Proletariat kann die Gewaltanwendung aber nicht vermeiden, wenn sie ihm vom Gegner aufgezwungen wird und muß daher darauf gerüstet sein. So wenig also wie Gewaltanwendung im Gegensatz zur Demokratie steht, so wenig ist ein Gegensatz vorhanden zwischen Demokratie und proletarischer Diktatur. Der Übergangszustand der proletarischen Diktatur ist der Zustand, in welchem das zur Macht gelangte Proletariat die Klassenherrschaft der Bourgeoisie beseitigt, indem es die kapitalistische Wirtschaft unter gesellschaftliche Kontrolle, die Produktionsmittel in gesellschaftlichen Besitz überführt. Indem es dies tut, zerbricht es notwendigerweise gleichzeitig die Instrumente der bürgerlichen Diktatur und ersetzt sie durch Instrumente der proletarischen Selbstverwaltung. Demokratisierung der undemokratisch gebrauchten Macht- und Propagandamittel: Verwaltung, Justiz, Wehrmacht, Erziehung, Presse, Wissenschaft, Kunst und Literatur ist das Mittel, durch das die proletarische Diktatur ihr Ziel, die Aufhebung der Klassengesellschaft, erreicht.

Die Mittel des proletarischen Befreiungskampfes sind also ebenso demokratische Mittel, das heißt Mittel der Massenpropaganda, Massenorganisation und Massenselbstverwaltung, wie nach der Machtergreifung die Mittel der proletarischen Diktatur demokratische Mittel sein werden. Das erste dieser Mittel: „die Expropriation der Expropriateure“, mit andern Worten, die Brechung der kapitalistischen Wirtschaftsdiktatur ist freilich die Voraussetzung dafür, daß die anderen Mittel wirken.

Um ein Beispiel zu gebrauchen: die Macht und der antidemokratische Einfluß der bürgerlichen Presse beruht darauf, daß sie vom Kapital ausgehalten wird. Das demokratische Mittel einer proletarischen Diktatur wird sein, die Presse durch gesetzliche Maßnahmen unabhängig zu machen und jede Einflußnahme des Kapitals auf sie als antidemokratisch und daher kontrarevolutionär zu verhindern. Das undemokratische Mittel würde die Einführung einer Pressezensur sein. Es ist sicher, daß dieses ebenso ver-

sagen würde, wie jenes wirksam sein wird. Was als Kern dieses Streites um Demokratie und Diktatur übrig bleibt, ist die Frage, die nach dem 9. November eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat, ob ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament oder das Räte-system ein besseres Mittel der Befreiungsaktion des Proletariats sei. Das ist keine grundsätzliche, sondern eine taktische Frage. Eines schließt das andere nicht aus. Es lassen sich Funktionen denken, für die aus Betriebswahlen hervorgegangene Räte die besseren Funktionäre sind, andere, für welche ein Parlament, das aus allgemeinen Wahlen hervorging, bessere Qualifikation besitzt. Ebenso mag für eine Periode diese, für eine andere jene Art der Vertreterwahl die richtigere sein. Ein verhängnisvoller Irrtum aber wäre es, anzunehmen, daß das Räte-system an und für sich die Kraft besitze, reaktionäre Bewegungen auszuschalten. Das würde nur dann zutreffen, wenn ein klassenbewußtes, geeintes und geschultes Proletariat die Räte wähle. Ein solches Proletariat ist aber auch in Deutschland imstande, ein freigewähltes Parlament zu kontrollieren und zum Instrument der proletarischen Diktatur zu machen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es im Winter 1918 die „revolutionären“ Arbeiter- und Soldatenräte waren, welche die revolutionäre Bewegung brachen und die Macht den antirevolutionären Mehrheitssozialisten auslieferten. Die konservative, unrevolutionäre Haltung der Mehrheit der Arbeiterschaft und ihre mangelnde sozialistische Schulung entschied über den Zusammenbruch der deutschen Revolution, lange bevor die Nationalversammlung zusammengetreten war. Die „revolutionären“ Räte waren Ausdruck genau derselben politischen und wirtschaftlichen Einstellung, wie später die „kontrarevolutionäre“ Nationalversammlung, und sie würden, wenn sie die Gelegenheit gehabt hätten, dem deutschen Volke wahrscheinlich ziemlich genau die gleiche Verfassung gegeben haben, wie das nachher die Koalition von Weimar tat.

Nicht also an solchen Organisationen, denen man hier und da eine mystische Kraft revolutionärer Wirkung zutraut, liegt der Erfolg einer proletarischen Diktatur, sondern an der Geschlossenheit, Entschlossenheit und nüchternen Erkenntnis des Proletariats. Diese eigentlichen Elemente aber der Wirkung erzielt man am sichersten mit den demokratischen Mitteln der Massenorganisation, Massenpropaganda und Massenaktivierung.

So ist also der Weg der proletarischen Macht-ergreifung und proletarischen Diktatur beschreibbar nur mit den Mitteln der Demokratie. Diese ist als Kampfmittel ebenso unentbehrlich

für das Proletariat, wie sie als soziale Demokratie Ziel des Kampfes ist. Nur eine Verworrenheit, welche die bürgerliche Diktatur unter demokratischer Hülle mit der Demokratie schlechthin gleichsetzt, kann die Mittel demokratischer Organisation und Propaganda gering einschätzen. Sie arbeitet damit dem Faschismus geradezu in die Hände.

Diese Verworrenheit befördert zu haben durch falsche Deutung der politischen Lage, ist einer der Hauptfehler des Heidelberger Programms. Ihn zu beseitigen, muß die Aufgabe der neuen Programmformulierung sein. In musterhafter Klarheit ist die Funktion der Demokratie und ihr Verhältnis zur proletarischen Diktatur dargestellt im Linzer Programm der Oesterreichischen Sozialdemokratie (1926), das deswegen in seinen entscheidenden Teilen im Anhang zum Abdruck gelangt.

IV. Die Internationale

Diejenigen Genossen, und es werden viele auch in den Reihen der Sozialdemokratie sein, welche das grundsätzliche Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit der Völker des Heidelberger Programms für zu unbestimmt halten, werden gleichwohl fragen: Was ist an seine Stelle zu setzen? Man kann in einem grundsätzlichen Programm nicht einzelne Aktionsmaßnahmen vorschlagen. Diese gehören in das Aktionsprogramm und sind dort zu erörtern. Was aber ein grundsätzliches Programm zu leisten vermag und zu leisten hat, das ist, die Tatsachen und Entwicklungsgesetze herauszustellen, welche unser politisches Handeln zu bestimmen haben.

Auf internationalem Gebiet sind das folgende:

1. Die internationale Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaft ist heute eine dermaßen enge, daß agrarische wie industrielle Produktion, Handel und Kredit aller Länder in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander sind und jedes wirtschaftliche Geschehen in einem Lande auf die übrigen Länder mehr oder weniger starken Einfluß hat. Daher sind irgend welche wirtschaftliche oder soziale Erfolge der Arbeiterschaft auf die Dauer nur zu halten, wenn sie in internationalem Rahmen erkämpft werden. Es ist also eine weit engere Verbindung der Gewerkschaftsorganisationen zu erstreben und den einzelnen Landesorganisationen zur Pflicht zu machen, daß sie die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder dauernd auf die internationalen Vorgänge im sozialen

Kämpfe richten, um so die Ideologie zu schaffen, welche Voraussetzung einer internationalen Solidarität und Kampfbereitschaft ist.

2. In dem Maße, wie die europäisch-amerikanischen Demokratien sich entwickelt haben zu Exponenten der kapitalistischen Wirtschaft, sind ihre Regierungen immer offenkundiger Geschäftsträger und Beauftragte der Wirtschaftsherren geworden, was seinen Ausdruck findet sowohl in Personalunion zwischen Regierung und Wirtschaftsführung, wie in dauernder öffentlicher und geheimer Einflußnahme auf die politischen Entschlüsse der Regierungen. Die Erfahrung in England und Deutschland hat gezeigt, daß auch sozialistische Regierungsmitglieder unter den gegenwärtigen Verhältnissen gezwungen sind, unter kapitalistischem Druck eine rein kapitalistische Politik (Haushaltgebarung, Steuerwesen, Sozial- und Lohnpolitik) durchzuführen. Wo immer auch nur ein geringer Widerstand dagegen geleistet wurde, gelang es der internationalen Finanz mit Leichtigkeit, durch Kreditverknappung die sozialistischen oder sozialistisch infizierten Regierungen zum Nachgeben zu bewegen oder zu stürzen. Angesichts dieser Lage ist dringendes Erfordernis ein gemeinsames Vorgehen der politischen Internationale in der Weise, daß gewisse Mindestforderungen, die sich aus der gegebenen Lage mit Leichtigkeit ableiten lassen, allen Sektionen dieser Internationale zur Pflicht gemacht werden und in den dringenden Fragen (Währungsfrage, Kreditleitung, Zollabbau und Preissenkung, Arbeitszeit und Lohnregelung, Sozialversicherung) eine einheitliche Front hergestellt wird, welche zunächst auf eine einheitliche Erkenntnis- und Willensbildung hinzielt, um von dieser Grundlage aus zu planmäßigen internationalen Aktionen zu gelangen.

3. Da die dritte Internationale vollständig unter der russischen Direktive steht, entsprechend dem ganz überwiegenden Einfluß der russischen Sektion, kann sie eine internationale Politik nur von russischen Gesichtspunkten aus vertreten, welche von westeuropäischen infolge der völlig abweichenden Struktur der russischen Wirtschaft und ihren von europäischen verschiedenen Bedürfnissen weit entfernt sind. Wahrhaft internationale Arbeit ist infolgedessen auf ihrem Boden nicht möglich, während der Druck der Tatsachen die zweite Internationale dann zu der erforderlichen Aktivität bringen wird, wenn innerhalb ihrer Sektionen die notwendigen Forderungen mit der erforderlichen Schärfe, Klarheit und Nachdrücklichkeit zur Entscheidung gestellt werden und so das Bewußtsein den objektiven Notwendigkeiten

angeglichen wird. Nur so kann es gelingen, der bereits äußergut funktionierenden Internationale der Kapitalisten eine gleich funktionsfähige Internationale der Arbeitenden entgegenzustellen.

4. Obgleich, wie das Heidelberger Programm es ausdrückt, der proletarische Befreiungskampf ein Werk ist, an welchem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind, können wir uns nicht der Erkenntnis verschließen, daß die Länder des europäischen Kontinents eine enger verbundene Gruppe bilden, sowohl durch ihre größere wirtschaftliche Verbundenheit wie durch den annähernd gleichen Grad der politischen Entwicklung und die Reife der nationalen Arbeiterbewegungen. Obgleich wir in dieser Epoche des Spätkapitalismus überall mit sozialen Befreiungsbewegungen rechnen können und müssen, werden diese doch nach Entstehungszeit, Entwicklungsdauer und Erfolg sehr voneinander unterschieden sein. So unmöglich es ist, daß ein europäisches Land sich in seiner Befreiungsbewegung völlig isoliert von den Nachbarländern, da es damit dem sicheren Zusammenbruch sich ausliefern würde, ebenso unmöglich ist es, daß wir das Tempo der Bewegung und ihre Taktik beispielsweise in Deutschland abhängig machen von dem Vordringen der Bewegung in China oder Indien oder vom Entstehen einer sozialistischen Arbeiterbewegung in U. S. Amerika. Wir bedürfen daher einer engeren Zusammenarbeit in Kontinentaleuropa, unter gleichzeitiger Fühlungnahme mit Rußland und der Arbeiterbewegung im englischen Imperium.

5. So wie vor hundert Jahren die durch wirtschaftliche Notwendigkeiten geforderte, ideologisch gestützte, politische Bewegung die Einigung Deutschlands eine Notwendigkeit war für das Entstehen und Wachsen einer deutschen Arbeiterbewegung; wie daher trotzdem diese Bewegung eine vollkommen bürgerliche war in ihren Motiven und Zielen und zur Stärkung des deutschen Bürgertums beitrug, dennoch Marx, Engels und Lassalle diese Bewegung als eine wahrhaft revolutionäre beurteilt und für sie die Unterstützung der Arbeiterschaft gefordert haben, indem sie sich gleichzeitig von der bürgerlichen Ideologie der Bewegung distanzieren, so ist unter erweiterten Verhältnissen auch die bürgerliche Paneuropa-Bewegung geboren aus gesellschaftlichen Notwendigkeiten, bestimmt, Hindernisse der internationalen Entwicklung zu beseitigen, daher revolutionär trotz ihrer bürgerlichen Ideologie und also von der Arbeiterschaft genau so zu fördern wie im vergangenen Jahrhundert die Bewegungen, welche nationale Zusammenschlüsse anstrebten. Die wirtschaftliche Isolierung und politische Souveränität der europäischen Staaten

Ist heute bereits eine ebenso große politische Gefahr und wirtschaftliche Hemmung, wie das vor hundert Jahren die Existenz von 36 souveränen Staaten und nationalen Wirtschaftsgebieten auf deutsche Boden war. Wenn vor genau hundert Jahren die Entstehung des preußischen Zollvereins die Voraussetzung schuf für das Entstehen einer deutschen Arbeiterbewegung, obgleich die Väter dieses Vereins nichts weniger beabsichtigten, so wird die Entstehung wirtschaftlicher und politischer Vereinigungen europäischer Staaten die Voraussetzung schaffen für den Sieg der europäischen Arbeiterbewegung, wenngleich die bürgerlichen Vertreter der Panuropaidee einem solchen Gedanken nicht nur gleichgültig, sondern feindlich gegenüberstehen (siehe des Grafen Coudenhove-Kalergi Schrift gegen Sowjetrußland, in welcher er das vereinigte Europa zu einem Bollwerk gegen den Bolschewismus machen möchte). Die Gesetze der Entwicklung sind stärker als die Wünsche bürgerlicher Politiker. Die absolutistische Preußenregierung dachte nicht daran, durch den preußischen Zollverein und später durch den Norddeutschen Bund und das Deutsche Kaiserreich den Sozialismus zu fördern, und doch war das die unvermeidliche Wirkung ihres Handelns. Ebenso werden die von der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit geforderten europäischen Staatenverbände die endgültige sozialistische Umwälzung in Europa ermöglichen. Wer als Sozialist sich der Arbeit an diesem Ziele entzieht mit dem Hinweis auf die Weltrevolution, denkt und handelt genau so logisch wie derjenige, welcher vor hundert Jahren die Fortexistenz von Schaumburg-Lippe und der Republik Lübeck als souveräne Staaten gefordert hätte bis zum Eintritt der Weltrevolution. Die Existenz von neununddreißig souveränen und durch Zollschränken gegeneinander abgegrenzten Staaten auf dem Boden Europas ist dem Kommen der Weltrevolution genau so hinderlich, wie damals die Existenz von sechsunddreißig deutschen „Souveränitäten“ der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung und damit dem Entstehen einer organisierten Arbeiterbewegung hinderlich war. Es kann in dieser Lage nicht Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft sein, auf Einflußnahme auf diese Entwicklung zu verzichten mit der Entschuldigung, daß man sich auf die Weltrevolution zu konzentrieren habe, vielmehr ist der Kampf gegen die überalterten nationalen Souveränitäten die beste Vorbereitung dieser Weltrevolution, die aktive Einwirkung auf die Bedingungen, unter denen eine Neuorganisation Europas als solidarische Förderung erfolgt, wesentliche Arbeit an den Grundlagen, auf denen eine Weltrevolution möglich werden wird.

6. So offenkundig das Versagen des Völkerbundes auf allen Gebieten internationaler Arbeit ist, und so sicher dieses Versagen von denen vorausgesagt werden mußte, welche sich klar sind, daß der Kapitalismus und von ihm abhängige Regierungen zwar imstande sind, die Unumgänglichkeit internationaler Solidarität einzusehen, aber nicht ihre Vorbedingungen zu schaffen; so wenig wir Sozialisten also wirksame Abrüstungsmaßnahmen, wirksame Verständigungsaktionen oder wirksame Friedensinterventionen vom Völkerbund erwarten; so wenig haben wir ein Interesse daran, ihn zu sabotieren, zu zerstören oder verfallen zu lassen. Als einzige internationale Organisation der Nationen hat er für uns genau den gleichen Wert und das gleiche Interesse wie andere internationale Organisationen kapitalistischer Art, deren Notwendigkeit wir bejahen, so sehr wir ihre Struktur und ihre Ziele ablehnen. So wenig wir beispielsweise daran denken werden, die Bank für internationale Zahlungen beseitigen zu lassen, trotzdem sie einseitig kapitalistisch arbeitet, so wenig können wir den Völkerbund zerstören lassen. Beide bereiten insofern den Sieg des Sozialismus vor, als sie die Organisation wirtschaftlicher und politischer internationaler Beziehungen fördern, und schaffen damit selbst die Voraussetzungen für ihre endliche Umgestaltung durch die internationale Arbeiterschaft. Bedingung ist freilich die bewußte Bereitschaft und der Wille der Arbeiterschaft zu dieser Umgestaltung. Wir haben also ebensowenig die Enttäuschung zu bekämpfen, die sich der Arbeiter beim unvermeidlichen Versagen dieser internationalen Organisationen bemächtigen kann und sie ins Lager des Nationalismus treiben, wie ihre Verwirrung durch bürgerliche Ideologien, welche in diesen Institutionen an sich, ohne Rücksicht auf ihre kapitalistische Zusammensetzung, Struktur und Zielsetzung die Bürgschaft für internationale Verständigung und Befriedung erblicken.

So ergibt sich als internationale Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei das Hinwirken auf die Schaffung wahrhaft sozialistischer, zielklarer und aktionsfähiger internationaler Arbeiterorganisationen, welche die Arbeit leisten, gewerkschaftliche und politische Arbeiten und Kämpfe international zu koordinieren, um so die Vorbedingungen auch für nationale Erfolge zu schaffen. Es ergibt sich die Notwendigkeit der Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit der russischen dritten Internationale, soweit diese es uns ermöglicht, trotzdem wir die Sonderbedingungen aner-

kennen, unter welchen sie arbeitet und welche sie von der europäischen Arbeiterschaft trennen. Es ergibt sich als nächste internationale Aufgabe die Schaffung eines engsten Zusammenschlusses der europäischen Arbeiterschaft in einer europäischen Föderation, welche die wirtschaftliche Isoliertheit und politische Souveränität der einzelnen Staaten beseitigt, und so die notwendigen Grundlagen für wirtschaftliche Weiterentwicklung, damit zugleich aber auch die Grundlagen für einen erfolgreichen Kampf des Proletariats schafft, der heute überall durch die zu engen wirtschaftlichen und politischen Grenzen gehindert wird. Es ergibt sich die Notwendigkeit, die wenigen Ansätze zu internationaler Organisation der Nationen, die vorhanden sind, zu stützen, bei gleichzeitigem Kampfe gegen ihren kapitalistischen Charakter und die daraus sich ergebende reaktionäre Richtung oder Wirkungslosigkeit ihrer Aktionen. Voraussetzung aller internationalen Arbeit ist die Weckung und Stärkung des internationalen Bewußtseins, nicht durch Deklamationen, sondern durch stete Schulung an praktischen Fragen des internationalen Kampfes, durch Gewöhnung an politische Stellungnahme unter internationalen Gesichtspunkten und durch nüchterne Einsicht in die Hemmungen und Förderungen, welche dem proletarischen Freiheitskampfe der Einzelländer durch die Lage und die soziale Reife oder Unreife des Proletariats auf der gesamten Erde erwachsen.

Die Aktionsprogramme

Es ist die alte sozialdemokratische Gewohnheit, dem grundsätzlichen Programm ein Aktionsprogramm folgen zu lassen. Für eine revolutionäre Partei, welche auf eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft hinzielt, gleichzeitig aber ihre Aufgabe darin sieht, in die Tagespolitik eingreifend, an ihr ihre Forderungen anschaulich zu machen, sie also zum Ausgangspunkt der Agitation und Propaganda zu machen und zugleich im Tageskampfe Ansatzpunkte zu schaffen für die von ihr erstrebte Entwicklung und die Lage der von ihr Vertretenen nach Kräften zu bessern, also praktische Arbeit der Vorbereitung und Hilfe zu leisten: für eine solche Partei ist ein gesondertes Aktionsprogramm für die Tagesarbeit unerlässlich. Sein Charakter wird mit der politischen Lage wechseln. Ist die politische Macht und der Einfluß der Partei gering, so wird auch bei dem Aktionsprogramm der Propaganda- und Agitationscharakter überwiegen, wächst mit der Macht der Partei die Möglichkeit unmittelbarer praktischer Einflußnahme, so werden die Forderungen, welche auf sofortige Einwirkung berechnet sind, einen breiteren Raum einnehmen. Zu fordern ist indes in jedem Falle dreierlei: 1. Beim Ausgehen von der gegebenen Wirklichkeit darf nicht der Blick auf das Endziel verlorengehen. Es darf also nicht eine Forderung aufgestellt werden, welche zwar augenblicklichen Erfolg verspricht, aber auf die Dauer entwicklungsberemmend sein muß (Beispiel: Schutzzolle für landwirtschaftliche Produkte, um die bäuerliche Siedlung zu fördern, welche bei solch künstlichem Schutze wirtschaftlich reaktionär wirkt und die Produktion in einer ganz falschen Richtung fördert). 2. Es darf niemals die Tagesforderung in den Mittelpunkt gerückt werden, so daß dadurch die Willensrichtung auf das Endziel unterbunden wird (Beispiel: die ausschließliche Propaganda für die bürgerliche Republik, wobei der selbstverständliche Satz „Sozialismus ist das Ziel“ schließlich ganz unterdrückt wurde). Die Propaganda bleibt für eine sozialistische Partei innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft stets die Haupt-